

Armeeabschaffer ohne Argumente

pd. Als die vorberatende Nationalratskommission sich mit der Volksinitiative "für eine Schweiz ohne Armee" näher befasste, hörte sie sich auch eine Dreierdelegation der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" (GSoA) an. Im Nationalrat fasste am 7. Dezember 1988 der Baselbieter SP-Vertreter Heinrich Ott die Ausführungen der drei GSoA-Delegierten so zusammen: "Sie gaben uns den Eindruck, dass die Armee aus stark gefühlsbetonten Gründen abgelehnt wird, zum Beispiel als Inbegriff rücksichtsloser Männlichkeit und Männerherrschaft oder - so eine Sprecherin - als eine Organisation, die ganz und gar auf dem Gewaltglauben beruhe."

Auch eine Delegation der "Frauen für den Frieden" kritisierte bei diesen Parlamentshearings in der Kommission "vor allem ein zu einseitiges militaristisches Denken, das unsere schweizerische Vorstellung von Sicherheit beherrsche", fasste Ott vor dem Plenum zusammen. Am aufschlussreichsten war aber die Antwort der GSoA-Leute auf die Frage der Kommissionsmitglieder, ob sie ihre Armeeabschaffungs-Initiative zurückgezogen hätten, wenn der Bundesrat einen Gegenvorschlag für ein stärkeres friedenspolitisches Engagement der Schweiz vorgelegt hätte. Antwort der Delegation: Nein, denn eine glaubwürdige schweizerische Friedenspolitik sei unmöglich, solange die Schweiz das auf dem Gewaltglauben beruhende Instrument einer Armee unterhalte.

Damit ist von den Autoren der Initiative selber klargestellt worden, wie ernst der zweite Teil "für eine umfassende Friedenspolitik" in ihrem Begehren gemeint ist: Es handelt sich um reines Beiwerk, damit die radikale Hauptstossrichtung etwas beschönigt wird, nämlich die Abschaffung der Armee. Andere Einsichten zum Thema vermittelte offenbar die Anhörung von Dr. Dieter Lutz, dem Stellvertreter des deutschen SPD-Politikers Egon Bahr und Direktor des Hamburger Instituts für Sicherheitspolitik und Konfliktforschung. Gemäss der Philosophie des realistischen Hamburger Instituts vertritt Lutz die Ueberzeugung, dass es Streitkräfte auch in Zukunft geben werde und geben müsse. Zur Begründung zitierte Lutz in Bern den früheren Bundeswehrgeneral Wolf Graf Baudouin, der das Friedensforschungsinstitut aufgebaut hatte: "Die radikale Entwaffnung aller Staaten, also eine weltweite vollständige Abrüstung, ist zwar eine sehr verlockende Vorstellung. Doch eine konsequente Abrüstung würde mit hoher Wahrscheinlichkeit in chaotische Kämpfe aller gegen alle führen. Auf keinen Fall könnte man in dieser Welt wohl kaum überbrückbarer Gegensätze der Kulturen, Religionen, Ideologien, Entwicklungsstufen und so weiter den überall gefährdeten Minderheiten hinreichenden Schutz vor Gewalt zusichern".

Dr. Lutz bezeichnete es als "faktisch unmöglich", dass die Schweiz ihre Armee abschaffen werde. Mit Blick auf die Sicherheit in der Welt sprach er von der Möglichkeit, die Streitkräfte allesamt und gleichermassen auf niedrigstes Niveau zu reduzieren und sie schliesslich ganz in die Kontrolle kollektiver internationaler Agenturen zu überführen. Dass die Schweiz in Strategiediskussionen ernst genommen und gehört werde, das hat nach Dr. Lutz gerade mit der bewaffneten Neutralität zu tun: Die Schweiz habe vieles mit ihrer Milizarmee schon realisiert, was anderswo erst nachgeholt werden solle, zum Beispiel den Uebergang zu einer rein defensiven Armee.

Die Kommissionsarbeiten zeigten also klar und deutlich, dass die Armeeabschaffer von der GSoA ausser ihrer rein gefühlsmässig begründeten Abneigung gegen Hierarchie, Organisation, Befehl und Gehorsam, gegen Offiziere und Verantwortliche, gegen funktionierende Strukturen also, keine brauchbaren Argumente gegen die Armee liefern können. Umso bemerkenswerter ist es, dass ausländische Friedensforscher und Friedenspolitiker die Landesverteidigung nach Schweizer Art entschieden als beispielhaft befürworteten. Wer ernster zu nehmen ist mit seiner Argumentation, ist wohl klar. Ein Nein zu naiven und diffusen Träumen von einer "Schweiz ohne Armee" ist am 26. November 1989 die einzige überzeugende Antwort.

GSoA-Späne

Am nächsten Samstag wird man auf dem Berner Bundesplatz während sage und schreibe neun Stunden armeefeindliche Töne zu hören bekommen, und wer nicht live am "GSoA-Festival" dabei sein darf, will oder muss, kann sich die Darbietungen der in- und ausländischen "Stop the Army"-MusikantInnen ab Konserve zu Gemüte führen: Die zweite Platte der Armeegegner (einen Song beigesteuert hat, notabene, auch eine russische Band) kommt ebenfalls am nächsten Samstag auf den Markt. Vorfreudig erregt hat die "WoZ" in ihrer letzten Ausgabe diese beiden "Höhepunkte der kulturellen Schiene des Abstimmungskampfes" angekündigt und die musikalische Unterstützung der GSoA-Initiative mit trafen Worten gewürdigt: "Kraut und Rüben versammeln sich hinter jenem Anliegen, das bereits lange vor dem Abstimmungstermin breite Diskussionen ausgelöst hat". Na dann: Viel Spass beim Kraut- und Rüben-Festival vom kommenden Samstag!

Das Märchen vom Igelchen, zu dem alle lieb sind und das deshalb keine Stacheln mehr braucht, haben die GSoAten den Fernsehzuschauern am Mittwoch der letzten Woche in der Sendung "Zeitspiegel" aufzutischen versucht. Aber warum wollen die Armeeabschaffer dem armen Igel bloss an die Stacheln? Vielleicht deshalb, weil GSoA-Sprecher Andreas Gross für seine Rolle, die er in der "Spendenaffäre" der bundesdeutschen Grünen gespielt hat, von der "Schweizer Illustrierten" am 9. Oktober den "Kaktus der Woche" verpasst bekommen hat? Der unschuldige Igel muss nun allem Anschein nach dafür büssen, dass den GSoAten seitdem alles, was Stacheln hat, offenbar ein Dorn im Auge ist.

Musterbeispielhaft gezeigt hat besagte Fernsehsendung auch, wie ungenau es die GSoAten bisweilen mit der Wahrheit nehmen: Die happige und gleichzeitig läppische Behauptung der Initianten, die Armeevertreter hätten einen ihnen genehmen Sendetitel ("Die Schweizer Armee") erzwungen, wurde von Korpskommandant Eugen Lüthy und Moderator Anton Schaller mit deutlichen Worten widerlegt. Immer noch im Raum steht dagegen die immer wieder auftauchende Anschuldigung, die Schweizer Armee habe das Dienstverweigererproblem noch immer nicht gelöst. Den Verfechtern dieses "Argumentes" für die Armeeabschaffung sei bei dieser Gelegenheit in Erinnerung gerufen, dass es nicht die Armee ist, welche über die Art und Weise des Umgangs mit Dienstverweigerern befindet. Die allgemeine Dienstpflicht ist in der Bundesverfassung verankert, und dieser Grundsatz kann ledig-

lich mit einer Volksabstimmung relativiert werden. Tatsache ist, dass entsprechende Anliegen von Volk und Ständen jeweils deutlich abgelehnt worden sind. Der Armee dafür die Schuld in die Schuhe schieben zu wollen, ist Teil einer Art Abstimmungspropaganda, die nicht unwidersprochen bleiben darf.

Ebenfalls nicht unwidersprochen bleiben darf die während der "Zeitspiegel"-Sendung von den GSoAten aufgestellte Behauptung, die Armee "fresse" alljährlich über zehn Milliarden Franken weg. Tatsache ist, dass der Bund im letzten Jahr knapp fünf Milliarden Franken für die Landesverteidigung ausgegeben hat. Dazu kommen die Leistungen der Wirtschaft (vor allem in Form von Lohnausfallentschädigungen) in der Höhe von höchstens zwei Milliarden Franken. Das ergibt nach Adam Riese sieben und nicht "über zehn" Milliarden. Entweder können die GSoAten nicht rechnen. Oder sie wollen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für dumm verkaufen.

Wohin die GSoA uns führen will...

Leo Davidowitsch Trotzki (1879 bis 1940) war die zweite Nummer nach Lenin. Er berichtete als Kriegskommissar und Schöpfer der Roten Armee über die Umwandlung der örtlichen Roten Garden in die Rote Armee. Er erklärte: "Wir haben damit begonnen, dass wir das Bürgertum entwaffneten und die Arbeiter bewaffnet haben."

Im Jahr 1929 wurde Trotzki von Stalin aus der Sowjetunion ausgewiesen. Als Führer der Vierten Internationalen, deren Gruppen in Europa, Südamerika und Asien (zum Beispiel Sri Lanka) arbeiteten, wurde er in Mexiko von einem Agenten des Diktators Stalin ermordet.

In der Schweiz gibt es die trotzkistische Sozialistische Arbeiterpartei (SAP). Dem Initiativkomitee "ohne Armee" steuerte die SAP 31'112 Stimmen bei. Nur so konnten jemals 100'000 Unterschriften gesammelt werden. Die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" (GSoA) setzt sich daneben auch aus Mitgliedern des Friedensrates, der Soldatenkomitees, der "Bewegung", der Jungsozialisten und der Schriftsteller der "Gruppe Olten" zusammen.

Wie Trotzki sagt die GSoA in ihrer fünften These, lediglich mit neuen Worten: "Dabei sind wir uns bewusst, dass Konflikte zur Freiheit gehören, wie frische Luft zum Atmen. (...) Dies können wir auch unter dem Aufbau einer Konfliktkultur verstehen, die zu Konflikten steht und mit ihnen im Interesse von uns allen umzugehen versteht." ("GSoA-Ziitig", September 1989).

Wenn am 26. November 1989 die SAP und die anderen GSoA-Gruppen siegen würden, dann würde "das Bürgertum" entwaffnet und "die Arbeiter" bewaffnet. Dann begänne der Bürgerkampf. Neu ist nur die "Konfliktkultur"...

Die Lehre aus der "Spendenaffäre" der deutschen Grünen:

Abgeschafft soll eigentlich die Schweiz werden

Beinahe hat es so ausgesehen, als ob die deutschen Grünen den Initianten des Volksbegehrens "für eine Schweiz ohne Armee" eine Falle gestellt hätten – und diese prompt auch hineingefallen seien: Die grüne Bundestagsabgeordnete Gertrud Schilling liess die verblüfften DRS-Radiuhörer am frühen Mittwoch morgen der vergangenen Woche wissen, dass ihre Partei und Fraktion sich dazu entschlossen hätten, eine in den Schweizer Medien geplante Inseratenkampagne zugunsten der Armeeabschaffungs-Initiative zu finanzieren. Und statt sich unmissverständlich von dieser in Aussicht gestellten Spende aus deutschen Landen zu distanzieren und den angekündigten finanziellen Zustupf als inakzeptable Einmischung in einen schweizerischen Abstimmungskampf zurückzuweisen, wussten die Initianten nichts Besseres zu tun, als ihrer Freude darüber Ausdruck zu geben.

Aber damit nicht genug. Aus den verschiedenen Stellungnahmen der verschiedenen in dieser Angelegenheit befragten GSoA-Vertreter lässt sich ganz klar der Schluss ziehen, dass es den Initianten um mehr als "nur" um die Abschaffung der Armee geht. Grenzen, gaben sie zu Protokoll, Grenzen spielen heutzutage wirtschaftlich und politische keine grosse Rolle mehr; Sicherheit und Freiheit liessen sich in Zukunft im einzelnen Staat nicht mehr verwirklichen, dazu sei ein "übernationaler" Rahmen notwendig.

Was aber kann dieser Ruf nach "Uebernationalität" anderes bedeuten, als den Verzicht auf die Eigenständigkeit und Selbstbestimmung unseres Landes? Was kann aus dieser Zielsetzung schlussendlich anderes resultieren als die "Abschaffung der Schweiz" und ihre Einbettung in das von den Initianten beschworene supranationale Gebilde? Versucht man, den Zugang zu dieser Denkweise zu finden, kann man ansatzweise auch verstehen, warum eine finanzielle Unterstützung "von aussen" den Urhebern der Armeeabschaffungs-Initiative als die natürlichste Sache der Welt vorkommt. Denn dieses "Aussen" – im rein geographischen Sinne des Wortes verstanden – existiert für sie gar nicht. Sie sind deshalb mit ihren Reaktionen auf die deutsche "Spendenaffäre", die schliesslich gar keine war, auch nicht in eine Falle getappt: weil sie ganz einfach nicht in der Lage waren und sind, eine "Einmischung" der deutschen Grünen in die schweizerischen Angelegenheiten festzustellen und sich

davon zu distanzieren. Die Armeeabschaffungs-Initianten haben die Schweiz als souveränen und eigenständigen Staat in Gedanken bereits weit hinter sich gelassen. Die Initianten des Volksbegehrens "für eine Schweiz ohne Armee" streben eigentlich ein "Nichts ohne Nichts" an. Eine gewisse Nachsicht ist deshalb am Platz. Und vielleicht auch ein bisschen Mitleid einer Art von Staaten- und Heimatlosen gegenüber...

Hanspeter Merz

Renovieren statt abreissen

Wohl jeder Schweizer, und erst recht jeder Wehrpflichtige, hat sich schon irgendeinmal über die Schweizer Armee geärgert. Und es gibt auch immer wieder Gründe, sich darüber zu ärgern. Angefangen von diversen, teilweise überholten und blödsinnigen Vorschriften über die manchmal recht merkwürdige Beförderungspraxis bis hin zu umstrittenen Rüstungsgüter-Beschaffungen gäbe es wahrlich viel zu diskutieren und zu ändern. Ueber die Armee muss gesprochen werden.

Die Initianten der Armeeabschaffungs-Initiative geben vor, diese Diskussion mit ihrem Anliegen in Gang bringen zu wollen. In Tat und Wahrheit haben sie aber nicht die Verbesserung unserer Armee im Sinn. Daran ist ihnen zuletzt gelegen. Sie wollen die Armee schlicht und einfach abschaffen.

Darin liegt die perfide Gefahr, die von der Armeeabschaffungs-Initiative ausgeht. Es soll nicht verbessert werden, "weg damit" heisst die Devise. Dass dabei eine ganze Reihe ungelöster Fragen auftauchen, lässt die Initianten kalt. Sie stört es nicht, dass die Schweiz als bewaffnete Neutralität ihre ganze Glaubwürdigkeit und ihren ganzen Einfluss verlieren würde. Denn eines ist klar: Eine Schweiz ohne Armee ist eine Schweiz ohne Zukunft.

Wie eingangs gesagt, ist es wichtig, über unsere Armee zu diskutieren, sie ständig zu verbessern, den Bedürfnissen der Wehrmänner und Staatsbürger entgegenzukommen. In diesen Bereichen ist zu lange nichts mehr passiert. Um ein Bild zu gebrauchen, der Putz im Hause bröckelt ab. Kein einigermaßen vernünftiger Hausherr würde aber wegen fleckiger Tapeten im Schlafzimmer das ganze Haus niederreißen. Genau dies wollen die Initianten der Armeeabschaffungs-Initiative aber tun. Und genau daran muss man sie im Interesse einer Schweiz mit Zukunft am 26. November an der Urne hindern, indem die Stimmbürger die Initiative zur Abschaffung der Schweizer Armee deutlich ablehnen. Renovieren Ja - abreissen Nein. So muss die Devise lauten.

M. Stadelmann

GSoA-Späne

Vor noch nicht allzu langer Zeit haben die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die sechste Ausländerinitiative dermassen deutlich abgelehnt, dass in dieser Angelegenheit nun endlich Ruhe zu sein scheint: Die Initianten haben offenbar kapiert, dass sie mit ihren extremen Forderungen beim Schweizer Volk keine Chance haben; mit einer siebten Ueberfremdungsinitiative muss in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden. Dafür zeichnet sich ab, dass wir schon bald einmal über eine zweite, dritte oder vierte Armeeabschaffungs-Initiative abzustimmen haben werden. Gemäss GSoAusschuss-Mitglied Andreas Gross soll im kommenden Jahr der "Boden gelegt" werden für eine zweite Abschaffungsinitiative, die "je nach Entwicklung der Verhältnisse früher oder später" lanciert werden soll (nachzulesen in der WoZ vom 6.10.89). Damit scheint festzustehen, dass die GSoAktivisten das demokratische Abstimmungsresultat vom 26. November im Falle einer Niederlage nicht respektieren werden und uns eine ähnliche Zwängerei wie bei den Ueberfremdungs-Initiativen zumuten. Es sei denn, dem GSoAnsinnen werde am 26. November eine derartig deutliche Abfuhr erteilt, dass den Initianten die Lust am Abschaffen gründlich vergeht...

Dass der GSoA & Co. offenbar noch nicht alle Spielregeln der Demokratie bekannt sind, beweist auch die Tatsache, dass bereits schon heute Plakate, die auf die Notwendigkeit unserer Armee aufmerksam machen, überklebt oder besprayt werden. "Mit Sprüchen und Klebern verbessern" heisst das im Sprachgebrauch der Befürworter (nachzulesen in der WoZ vom 6.10.89). Da bleibt nur zu hoffen, dass am 26. November keine derartigen Weltverbesserer in den Abstimmungslokalen mit der Aufgabe des Stimmzählens betraut werden. Sie könnten sonst noch auf den Gedanken kommen, das Abstimmungsergebnis zu "verbessern".

Ganz schön von oben herab haben GSoAten nach dem Bekanntwerden der angeblichen "Spendenaffäre" zu Protokoll gegeben, ihnen sei es Wurst, was die Gegner der Armeeabschaffungs-Initiative zu dieser Angelegenheit zu sagen hätten. Erst als es ihnen zu dämmern begann, wieviel politisches Geschirr die deutschen Grünen mit ihrem unsäglichen Angebot tatsächlich zerschlagen hatten, bequemte man sich doch noch zum Verlassen des hohen Rosses. Und plötzlich war die Sache den Initianten sogar eine Gegendarstellung wert: Nachzulesen im Tages-Anzeiger vom 6. Oktober.

Dass die GSoAktivisten ihre Initiative nicht etwa als rein "helvetozentrisches Unternehmen" (aus dem GsoA-Wortschatz) verstehen, beweist auch der Umstand, dass der DDR-Barde Wolf Biermann als ausländische Verstärkung zum "Stop the Army"-Festivals vom 21. Oktober in Bern eingeladen worden ist. Dem Vernehmen nach soll der Mann die Einladung auch angenommen haben, was verständlicherweise zu Protesten Anlass gegeben hat. Aber lasst ihn doch singen! Lieber ein Wolf am Festival als ein Wolf im Schafspelz, der die Armee fressen will und gleichzeitig vom Frieden schwärmt...

Gehört am Rande der Herbstsession: Helmut Hubachers EMD-Buch sei nicht nur kalter Kaffee, sondern darüber hinaus auch noch eine bohnenlose Frechheit. Es ist schon so: Wer den Schaden anrichtet, braucht für den Spott nicht zu sorgen...

Warum will die GSoA eigentlich die Armee abschaffen? Weil sie daran glaubt, dass eine sperrangelweit offene Haustür einen Dieb davon abhalten kann, die Wohnung auszuräumen...

GLOSSE

Weg mit der Feuerwehr, damit's nie mehr brennt!

Eigentlich seltsam, dass es so lange dauerte, bis in der Schweiz ein paar wirklich findige Köpfe merkten, wie man Frieden schafft. Eine "Schweiz ohne Armee", so simpel ist das nämlich, ist eine Schweiz ohne Krieg für alle Zukunft, ist der Beginn des Weltfriedens, den die Defensivarmee des Kleinstaates nachhaltig gefährdet.

Das Wunderrezept ist ausbaufähig, man muss das Wagnis nur eingehen wollen. Wer sich vor Feuersbrünsten fürchtet, sammle doch einfach Unterschriften zur Abschaffung der Feuerwehr. Angst vor Kriminalität? Man schaffe einfach die Polizei ab, und ab sofort wird die schweizerische Kriminalstatistik zur Bettlektüre. Wenn niemand mehr Einbrecher, Räuber und Spitzbuben aller Art fasst, ist diese lichtscheue Gesindel endlich weg...

Alle jene Stimmberechtigten, welche die Initiative gegen die Schweizerarmee aus tiefempfundener Sorge um den Frieden unterzeichneten, haben gewiss schon lange ihre sämtlichen Versicherungsverträge gekündigt. Das empfiehlt sich nämlich als logische Konsequenz dieser vorbildlichen Haltung: Mit dem Schutz vor Risiken verschwinden automatisch die Risiken selber. Ist doch klar! Wer sein parkiertes Auto in Zukunft abschliesst, ist wahrhaftig selber schuld - blieben die Türen offen, würde der Wagen auch nicht ausgeräumt oder gar gestohlen.

Dass man nicht schon viel früher auf diese überzeugende Art des Schutzes vor vielfältigsten Gefahren gekommen ist, ist sehr bedauerlich. Unsere Vorfahren hätten sich den Aufwand für Lawinerverbauungen schon vor Jahrhunderten sparen können, wenn man damals gewusst hätte, dass es genau diese Schutzmassnahmen sind, welche die Lawinengefahr erst schaffen. Steinschlaggalerien an Alpenstrassen? Ueberholte Vorrichtungen; sobald sie weggerissen werden, gibt's auch keinen Steinschlag mehr. Wer das alles glaubt, der kann wohl nicht anders, als am 26. November für die Armeeabschaffung zu stimmen...

GSoA-Späne

Auch von im wahrsten Sinne des Wortes liederlicher Abstimmungspropaganda schrecken die Armeeabschaffer nicht zurück: Die Rede ist von der GSoA-Langspielplatte "Stop the Army". Glaubt man der Eigenwerbung, so ist diese Scheibe "mit allen guten Swiss-Rockbands in jedem guten Plattengeschäft erhältlich". Offenbar gibt es aber auch "böse" Plattenläden, die das Ding nicht führen. Und was vor allem angemerkt werden muss: Einige "böse", dafür aber wirklich guten Schweizer Gruppen haben sich nicht vor den Armeeabschaffungskarren spannen lassen. Züri West zum Beispiel. Zum Trost für die Initianten gibt es aber wenigstens noch "gute" Radiosender, welche den Rest genüsslich auf den Plattenteller legen: DRS 3 zum Beispiel.

Kühne Behauptungen stellen die GSoAktivisten in einem an die Schweizer Haushalte verteilten Abstimmungs-Prospekt auf. "Die Armee", heisst es da, "zerstört im Frieden, was sie im Krieg beschützen will". Dummerweise können uns die Initianten aber nicht versprechen, uns im Krieg zu schützen, obwohl sie im Frieden die Armee zerstören wollen.

Es stecken aber auch Wahrheiten im obengenannten Prospekt. Dort etwa, wo darauf hingewiesen wird, dass "die wirklichen Bedrohungen unseres Lebens" nicht nur "von globalem Ausmass", sondern auch "hausgemacht" seien. Hausgemachte Bedrohung? Eine wahrlich treffende Selbsteinschätzung der Initianten.

Und zum Schluss des Prospektes noch ein Aufruf: "Mit dieser Volksinitiative will die GSoA zum Aufbau einer solidarischen Schweiz beitragen. Wir bitten alle BürgerInnen, ihr Engagement nicht zu beschränken auf ein JA zur Volksinitiative". Dieses Anliegen verdient Unterstützung: Ein uneingeschränktes NEIN zur Armeeabschaffungs-Initiative ist tatsächlich ein besseres Engagement zugunsten und im Interesse einer solidarischen Schweiz.

In den "Luzerner Neusten Nachrichten" vom 15. September hat sich der tschechoslowakische Schriftsteller und Bürgerrechtskämpfer Pavel Kohout Gedanken über die geplante Abschaffung der Schweizer Armee gemacht. Kernsatz des Exposés: "Für mich sind die Schweizer Bürger in Uniform heute wie damals auf dem richtigen Dampfer gefahren". Damit verweist Kohout die Armeeabschaffer auf den Platz, der ihnen zukommt: auf den falschen Dampfer nämlich.

Gelesen im letzten "SonntagsBlick", in einem Interview mit der amerikanischen Filmschauspielerin und Friedensaktivistin Jane Fonda:

"Was fällt Ihnen ein, wenn ich Sie mit dem Wort 'Schweiz' konfrontiere?"

Jane Fonda: (sofort) "Frieden fällt mir ein, Neutralität. Beziehungen. Internationale Konferenzen. Die Schweiz, das ist doch das kleine, wundervolle Land inmitten Europas, wo das Volk das Recht hat, nicht nur seine Politiker zu wählen, sondern auch darüber abzustimmen, was sein und nicht sein soll."

Und plötzlich wird einem bewusst, was am 26. November eigentlich auf dem Spiel steht ...

Das Bild der Schildkröte mit ihrem langsamen und bedächtigen Gang hat ein Kommentator der "Frankfurter Allgemeinen" gewählt, um den Lesern die Haltung der Schweiz gegenüber dem Wandel in Europa zu erklären. Bleibt zu hoffen, dass der Mann nach dem 26. November keine Abstriche an seinem tierischen Vergleich vornehmen muss. Denn, um in der Welt der bildhaften Sprache zu bleiben: eine Schweiz ohne Armee ist wie eine Kröte ohne Schild ...

"Schweiz ohne Armee":

Für viele eine "Schweiz ohne Arbeit"

Von CVP-Nationalrat Peter Hänggi, Nunningen

Sind Armeeaussgaben verschleudertes Geld? Befürworter einer "Schweiz ohne Armee" machen oft geltend, mit den Mitteln, welche die bewaffnete Neutralität kostete, liessen sich bessere Aufgaben finanzieren. Dabei wird aber unterschlagen, dass die Armee ein wichtiger volkswirtschaftlicher Faktor ist. Rund 21'500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer samt ihren Familien verdienen überall im Lande ihr Einkommen dank unseren Verteidigungsanstrengungen, und auch das Gewerbe sowie der Tourismus profitieren direkt oder indirekt von den rund dreizehn Millionen Militärdiensttagen, die Jahr für Jahr geleistet werden.

Arbeitgeberin im ganzen Land

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre flossen allein aus der Rüstungsmaterialbeschaffung jährlich rund 1,4 Milliarden Franken in die einheimische Wirtschaft. Die Kantone Zürich (568 Mio. Fr.) und Bern (236 Mio. Fr.) waren an diesem Volumen prozentual am stärksten beteiligt; im Rahmen von 0,2 (Appenzell Ausserrrhoden) bis 7 Prozent (Aargau und Thurgau) und mit Ausnahme von Appenzell Innerrhoden sind im ganzen Land Arbeitnehmer und Unternehmer mehr oder weniger stark für die Gruppe für Rüstungsdienste und die kantonalen Militärverwaltungen tätig. Der beschäftigungswirksame Inlandanteil des Rüstungsprogrammes 1989 macht zum Beispiel 1'135 Millionen Franken (61 Prozent) aus und teilt sich zu 998 Millionen Franken auf die Privatwirtschaft und 137 Millionen Franken auf eidgenössische Rüstungsbetriebe auf.

Von regionalpolitischer Bedeutung

Das durchschnittliche Auftragsvolumen an Materialbeschaffungen, Bauten und Erwerb von Dienstleistungen durch die Armee beziffert der Bundesrat in seiner Botschaft vom 25. Mai 1988 zur Initiative "Für eine Schweiz ohne Armee" auf rund drei Millionen Franken pro Jahr. Davon werden achtzig Prozent oder rund 2,5 Milliarden Franken an die einheimische Wirtschaft vergeben. Ein ansehnlicher Teil fliesst in Berggebiete (Uri: 5,3 Mio. Fr., Nidwalden: 5,7; Obwalden: 1,0; Glarus:

4,5; Appenzell–Ausserrhoden: 3,4; Tessin: 22,6; Wallis: 8,8; Jura: 9,6) und in wirtschaftlich schwache Randregionen. Dazu sagt der Bundesrat in seiner Botschaft: "Diese Armeeaufträge fallen über die statistische Bedeutung hinaus auch deswegen ins Gewicht, weil vielfach Arbeiten anfallen, die regional oder für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sonst kaum erhältlich wären".

Arbeitslosenentschädigungen statt Militärausgaben!

Was aus diesem Blickwinkel eine "Schweiz ohne Armee" abgesehen von der hochriskanten Selbstentwaffnung des Landes bedeuten würde, ist in der bundesrätlichen Botschaft klargestellt: "Bei einer Abschaffung der Armee gingen kurzfristig über 21'500 Arbeitsplätze beim Bund und bei den Kantonen verloren. Binnen weniger Jahre würden weitere Zehntausende von Beschäftigten in der Wirtschaft betroffen. In Wirklichkeit wären die Auswirkungen wohl noch bedeutend höher. Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten in der Industrie sowie in Handel und Gewerbe dürften die Arbeitslosigkeit mindestens vorübergehend ansteigen lassen. Während einer längeren Uebergangsphase müsste die öffentliche Hand mit Unterstützungs- und Arbeitsbeschaffungsprogrammen in Milliardenhöhe lenkend eingreifen."

Die Ueberlegung also, mit Rüstungs- und Armeeausgaben liessen sich ab sofort im gleichen Umfang alternative "Friedensprojekte" in aller Welt oder eine fürstliche AHV finanzieren, erweist sich nicht als stichhaltig. Aller Wahrscheinlichkeit nach müssten laut Bundesrat die "eingesparten" Gelder zu einem grossen Teil für die Finanzierung von beschäftigungswirksamen Massnahmen beansprucht werden.

Ein entschiedenes Nein ist deshalb am 26. November 1989 die einzig richtige Antwort auf die utopische Idee einer "Schweiz ohne Armee", die für viele Stimmbürger eine "Schweiz ohne Arbeit" bedeuten müsste.

(55 Zeilen à 60 Zeichen)

Keine Schützenhilfe für Armeeabschaffer aus Moskau
Ernüchternde Reise der Initianten in die Sowjetunion

Von FDP-Nationalrat Dr. Willy Loretan, Zofingen

Das falsche Ross gesattelt hatten offensichtlich die beiden Leute der GSoA ("Gruppe Schweiz ohne Armee"), die kürzlich bei den sowjetischen Kommunisten Unterstützung für ihre Armeeabschaffungs-Initiative holen wollten. Nicht nur die Tatsache, dass kein einziger offizieller Vertreter des in immer ärgere Turbulenzen geratenden Regimes Zeit fand, sich mit den abstrusen Ideen der Initianten abzugeben, musste für die selbsternannten Besuchsdiplomaten ernüchternd sein. Noch mehr muss sie die Skepsis frustriert haben, die man von untergeordneten Armeevertretern der Vorstellung einer Schweiz ohne eigene Armee entgegenbrachte.

Grössere Bedeutung der neutralen Staaten

Dies deckt sich mit den Ergebnissen eines Besuches, den ich im Rahmen einer inoffiziellen Parlamentarierdelegation im Februar dieses Jahres in Moskau machen konnte. So äusserte sich Generaloberst und Dreisterngeneral N. F. Tscherwov dahingehend, der Wert unserer immerwährenden und bewaffneten Neutralität als stabilisierender Faktor im Herzen Europas sei anzuerkennen. Dies umso mehr, als die Schweiz das "Ideal" einer reinen Verteidigungsarmee bereits verwirklicht habe.

Aus diesem Gespräch, wie auch aus einem weiteren mit dem früheren Generalstabschef und heutigen Berater Gorbatschews, S.F. Achromeev, wurde deutlich, dass die Bedeutung der neutralen Staaten und damit auch der Schweiz für die Sowjetunion heute eindeutig grösser ist als vor dem Krieg und als noch vor zehn Jahren. Unmissverständlich herrscht jedoch die Meinung vor, dass ein neutraler Staat seine Neutralität mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft zu wahren habe!

Kein militärisches Vakuum

Natürlich gibt es auch in Moskau unter den Militärs solche, die unserer Armee gar nicht "grün" sind. Sie betrachten die Schweizer Armee als Bestandteil des NATO-Konzeptes, indem das westliche Bündnis dank unserer starken Landesverteidigung für diesen zentralen Raum Europas keine eigenen Mittel reservieren muss. Diese etwas verquere Ueberlegung macht indessen deutlich, dass ein militärisches Vakuum zwingend zu vorsorglichen Dispositionen fremder Mächte führt. So wissen wir, dass die Franzosen für den Fall eines Ein- oder Durchmarsches von für sie feindlichen Truppen vorsorglich atomare Schläge auf Ziele in der Schweiz vorbereitet haben.

Fazit: Auch die russische Trumpfkarte war - wie alle anderen der GSoA-Leute - gezinkt. Ein deutliches Nein am 26. November soll unsere klare Antwort darauf sein.

Offener Brief an meine Freunde

Lieber Helmut Hubacher,

Was soll jetzt das? Du willst sieben Wochen vor der Abstimmung noch schnell das Buch "Aktenzeichen EMD, Notizen aus dem Bundeshaus" erscheinen lassen. Das ist ein "Foul"!

Als SP-Präsident und Nationalrat Helmut Hubacher warst Du gegen die Volksinitiative "ohne Armee". Am 3. Juni 1989 warst Du am Parteitag für die Stimmfreigabe, damit die Mitglieder es sich ruhig hin und her überlegen können. Aber die beiden Bundesräte René Felber und Otto Stich, die meisten Nationalräte, Ständeräte, Regierungsräte, Kantonsräte wie auch die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden, die Deiner Partei angehören, sagen ganz klar Nein.

Und jetzt schiesst Du scharf aufs EMD, und zwar nicht nach der Abstimmung, sondern vorher. Du sagst: "Auch für mich gilt das Stimmgeheimnis." ("Sonntagsblick" vom 24. 9. 89). Zum Lachen! Mit dem Büchlein unterstützt Du ganz klar die Initiative. Das ist zuviel für einen Sozialdemokraten: Nein - Stimmfreigabe - Ja!

Ich kann mir gut vorstellen, dass Dir das Militär nicht immer passt. Warum auch?! Du hättest aber die Möglichkeiten gehabt, dies dann im Nationalrat oder in einer offenen Versammlung zu sagen. Das ist Demokratie. Du bist immerhin zwölf Jahre lang in der Militärkommission gesessen. Und jetzt wartest Du genau bis sieben Wochen vor der Abstimmung. Sagst Du dem Demokratie?

Ich erinnere mich gut, als der erste sozialdemokratische Bundesrat Ernst Nobs (vorher Redaktor des "Volksrecht") im Jahre 1943 in die Regierung gewählt wurde. Das war ein grosser Jubel! Seither waren - und sind - Max Weber, Willy Spühler, Hans Peter Tschudi, Pierre Graber, Willi Ritschard, Pierre Aubert, Otto Stich und René Felber für die Armee. Deshalb lehnen auch viele Sozialdemokraten die Initiative ab.

Willst Du als Parteipräsident diese Partei spalten? Und die sozialdemokratischen Bundesräte wegwerfen? Ist das wirklich gut?

Mit vielen Grüssen

Ueli Kägi

Frau und Sicherheitspolitik

Von Dr. Ruth Meyer Schweizer, Privatdozentin am soziologischen Institut der Universität Bern, Mitglied des Leitenden Ausschusses der SVP Schweiz

Die Volksinitiative für "eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik" verlangt – wie der zweite Teil des Titels sagt – eine umfassende Friedenspolitik. Es ist kaum zu bestreiten, dass Frieden ein entsprechendes Mass an Sicherheit voraussetzt. Trotzdem soll mit dieser Initiative die Armee als traditionelles Kernstück unserer nationalen Sicherheitsvorkehrungen, genannt Sicherheitspolitik, abgeschafft werden – so quasi nach dem Motto "weg mit dem Türschloss, es gefährdet den Hausfrieden!"

Fehlende Betroffenheit bei Frauen

Leider fühlen sich aber viele von uns Frauen nicht betroffen, wenn die Rede auf Sicherheitspolitik kommt. Sie gilt erstaunlicherweise trotz aller Emanzipationsbestrebungen nach wie vor als reine Männerdomäne, ist es aber nur dann, wenn man sie zu Unrecht auf militärische Verteidigung und allenfalls den Zivilschutz einschränkt, bei welchen Institutionen wenigstens vom Gesetz nur die Männer in Pflicht genommen werden (von moralischer oder gar patriotischer Pflicht zu reden, welche in diesen Bereich sehr wohl auch die Frauen einschliessen müsste, gilt bedauerlicherweise als unmodern). Sicherheitspolitik umfasst aber auch vieles, was die Frauen sehr direkt mitbetrifft: neben der von der Initiative ins Auge gefassten Aussenpolitik zum Beispiel auch Notfallvorkehrungen für bestmögliches Weiterfunktionieren der Wirtschaft (zum Beispiel Lebensmittel- und Energieversorgung), der medizinischen Betreuung, von Transport, Telephon, Radio oder Verstrahlungswarnung (Tschernobyl!). Trotzdem werden in der Öffentlichkeit die Frauen im Zusammenhang mit sicherheitspolitischen Fragen meist vergessen. Erst für Zeiten der kollektiven Not rechnet man damit, dass sie in selbstverständlicher Opferbereitschaft sich in die Breschen schlagen und obendrein noch die fehlenden Männer ersetzen. Wer nur schon mit offenen Augen durch die wohlgelungene Ausstellung "Diamant" in Bern gegangen ist, hat dort ein eindrückliches Beispiel dafür gesehen, wie gut diese Rollenteilung noch im Zweiten Weltkrieg funktioniert hat.

Erweiterte Möglichkeiten als Vollbürgerinnen

Mittlerweile wird zwar der Friede als ungesichert verstanden; für unser Land empfindet man aber hauptsächlich eine Bedrohung durch Umweltkatastrophen. Das Leiden der Zivilbevölkerung würde aber auch in einem solchen Fall umso grösser sein, je unvorbereiteter sie getroffen würde. Inzwischen befindet sich die Schweiz auch in grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen; in ihrem Gefolge sind unter anderem starre Aufgabenverteilungen an die Geschlechter obsolet geworden. Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit (resp. Schwesterlichkeit) haben Gehorsam, Disziplin und blindes Vertrauen in ihrer Gewichtung weit übertroffen. Die Bereitschaft zur Kritik an allem, was einem nicht einsichtig gemacht werden kann, wächst enorm. Und last but not least sind die Frauen seit bald zwanzig Jahren endlich auch bei uns politische Vollbürgerinnen. Viele Barrieren sind also gefallen, viele Möglichkeiten haben sich eröffnet. Können wir sie auch verantwortungsvoll nutzen?

Sicherheitspolitisches Abseitsstehen – offener und utopischer

Die Armeeabschaffungsinitiative ist das wichtigste politische Geschäft seit der Gründung des schweizerischen Bundesstaates, weil sie an dessen Grundfeste rüttelt, nämlich an der bewaffneten Neutralität (denn nur als "bewaffnet" ist unsere Neutralität völkerrechtlich verankert und durch alle Grossmächte anerkannt!). Ueber sie werden nicht nur die wehrpolitisch in Pflicht genommenen Männer abstimmen, sondern auch die Frauen; letztere könnten sogar den Ausschlag geben, da sie zahlenmässig in der Mehrheit sind. Wie werden die Frauen stimmen? Diese Frage ist exakt natürlich nicht zu beantworten – ebensowenig wie für die Männer. Analysiert man aber die vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen, Erfahrungen aus Diskussionen und Verlautbarungen etwas näher, so zeigen sich die Folgen aus dem sicherheitspolitischen Abseitsstehen der Frauen im Positiven wie im Negativen recht deutlich. Es sind weniger Frauen als Männer, die sich auf das Thema wirklich einlassen, die realisieren, wie vital auch sie davon betroffen sind. Diejenigen Frauen, die das tun – und es sind deren im Zuge der Abstimmungskampagnen ohne Zweifel mehr geworden – tun dies in der Regel offener und ungehemmter als die Männer, häufig allerdings auch weniger beleckt von staatsbürgerlichem Sachwissen.

Mehr Frauen als Männer sind darum auch empfänglicher für ein Denken in utopischen Alternativen wie: "die Umweltbedrohung ist heute grösser als die kriegerische, also könnten wir uns das Geld für die Armee doch eigentlich sparen", oder: "ohne unsere (Defensiv-)Armee wären wir dem Frieden viel näher". Nicht wenige Frauen empfinden unsere Armee als bedrohlich "wegen ihren den Männlichkeitswahn repräsentierenden hierarchischen Strukturen, durch welche unsere ganze Gesellschaft militarisiert wird". Frauen sind aber andererseits besonders ansprechbar, wenn ihnen aufgezeigt wird, dass unsere in jüngerer Zeit erheblich verstärkte "ausgreifende Aussenpolitik" (zum Beispiel die vermehrte Beteiligung an friedensfördernden Massnahmen) mit unserem Verteidigungswillen und unserer Abwehrbereitschaft steht und fällt. Die Frauen müssten wohl auch vermehrt darauf hingewiesen werden, dass unsere Armee als einzige in der Welt seit ihrer Gründung im letzten Jahrhundert die "strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" besitzt, welche in den Abrüstungsgesprächen nun weltweit gefordert wird, und dass sie überall als Vorbild einer Defensivarmee gepriesen wird.

Verantwortungsbewusst entscheiden

Wir können stolz darauf sein, weit und breit das einzige Land zu sein, in dem eine Frage wie die Abschaffung der Armee überhaupt öffentlich von Regierung und Volk diskutiert und zu alledem noch dem Volk zur Entscheidung unterbreitet werden kann. Wir, auch wir Frauen, wollen aber auch entsprechend verantwortungsbewusst entscheiden, also am 26. November abstimmen. Wie hört man doch allenthalben, wo sich entscheidungsbefugte Leute überhaupt zu einer Aeusserung bewegen lassen: "Ein Land ohne Armee hat schlicht und einfach kein politisches Gewicht. Man glaubt, es habe keinen Selbstbehauptungswillen mehr, keine innere Kraft und keine eigene Identität." Bundesrat Kaspar Villiger kommentiert das so: "Dass ... das Vorhandensein einer Armee ... auch in Friedenszeiten für die Bewertung eines Landes so wichtig ist, hat mich selber überrascht."

GLOSSE

Schweiz ohne Armee? Costa Rica zeigt, wie's funktioniert...

Was immer auch an Gründen gegen die Abschaffung der Schweizerarmee angeführt wird, der wirklich kritische Stimmbürger lasse sich bitte nicht verunsichern. Denn es geht angeblich ganz wunderbar auch ohne Armee, wie das Beispiel des mittelamerikanischen Kleinstaates Costa Rica zeige...

Seit nunmehr vierzig Jahren gibt es keine Truppen mehr in Costa Rica. Dafür wachen andere modern bewaffnete Uniformträger über die 2,5 Millionen Bürger: Sicherheitskräfte (13'000 Mann), Organisation für nationale Notfälle (10'000), die Landgarde (3000), ein schnelles Eingreifbataillon (750), eine Justizpolizei (650), ein Süd- und Atlantikkommando (600), eine Antiterrortruppe (400), eine Nationale Sicherheitspolizei (250), die "Chorotega-Einheit" (200), und weil das alles kaum reicht, eine Menge weiterer "Privatarmeen" des Nachrichten- und Sicherheitsdienstes sowie von politischen Parteien, Organisationen und Verbänden.

Aber weder Costa Ricas Staatspräsident Oscar Arias noch die Bevölkerung des kleinen Landes, das doch so vorbildlich die bewaffneten Streitkräfte abschaffte, mögen sich auf die annähernd 40'000 Uniformierten dieser Alternativstreitkräfte allein verlassen. Costa Rica schloss mit verschiedenen Staaten der mittelamerikanischen Region Verteidigungsverträge ab und zählt fest darauf, dass in Krisenfällen andere die Kastanien aus dem Feuer holen kommen. Von der einst hochgepriesenen Neutralität des Kleinstaates spricht unter solchen Umständen längst niemand mehr. Nicht einmal mehr die Costaricaner selber...

Wie gesagt: Nichts einfacher, als am 26. November die Armee abzuschaffen. Polizei an allen Ecken ist doch viel sympathischer als "Bürger in Uniform", die selber für ihre eigene Sicherheit sorgen. Und ein Verteidigungspakt statt bewaffneter Neutralität überzeugt bestimmt alle Nachbarn von der Wehrhaftigkeit des Kleinstaates mitten in Europa!

SP-Bundesräte: Schweiz ohne Armee hat keine Zukunft

Seit der doppelbödigen Parolenfassung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz zur Volksinitiative "für eine Schweiz ohne Armee" wird immer deutlicher, dass ein Teil der Basis dieser Bundesratspartei die bewaffnete Neutralität und die Landesverteidigung ablehnt. Nein zur Armee, aber Stimmfreigabe für den Volksentscheid vom 26. November, das ist die "Haltung" - und konsequenterweise blieben denn auch 45 der 47 Mitglieder der SP-Fraktion der Bundesversammlung am 1. September zu Hause, als die Spitzen des Landes auf dem Rütli der Kriegsmobilmachung vor 50 Jahren gedachten.

Die beiden SP-Bundesräte Otto Stich und René Felber wissen im Gegensatz zu "ihrer" Partei, die in der Schweiz immerhin die Regierungsverantwortung mitträgt, dass dieses Land ohne Landesverteidigung keine Zukunft hat. Und sie sagen es auch, weshalb sonst lieber übertünchte Konflikte zwischen sozialdemokratischen Bundesräten und sozialdemokratischer Parteitagbasis wieder einmal offenkundig werden.

"Es ist kein Zufall", so äusserte sich Bundesrat Otto Stich in seiner 1.-Mai-Rede dieses Jahres in Yverdon-les-Bains, "dass die Demokratien Europas - seien sie nun neutral oder nicht, von Sozialdemokraten regiert oder nicht - heute keine Anstalten treffen, ihre Wehrkräfte aufzugeben." Die Schweiz bilde mit diesen Demokratien eine grosse Schicksals- und Interessengemeinschaft. Nach Stichs Ueberzeugung wäre es falsch, dies gleichgültig hinzunehmen und sich von Europa abzuwenden, und "ebensowenig können sich die schweizerischen Sozialdemokraten von ihren ausländischen Genossen distanzieren". Die Schweiz bleibe ein potentiellies Durchmarschgelände, erinnerte Bundesrat Stich an die unabänderlichen geografischen Gegebenheiten: "Die Abschaffung der Armee würde demnach auch die Sicherheit unserer Nachbarn in Frage stellen. Damit würde unser Land politischem Druck ausgesetzt und unsere Neutralitätspolitik zugrunde gerichtet."

Seit dem Jahre 1935 steht die SP laut unangefochtenem Parteiprogramm "grundsätzlich" hinter der bewaffneten Neutralität. Was nun im Jahre 1989 eine Stimmenthaltungsempfehlung an die sozialdemokratischen Mitglieder bedeutet, das sagte Stich unmissverständlich: "Eine grosse, verantwortungsvolle Partei muss klar Stellung beziehen und zu dieser Initiative Nein sagen." Alles andere würde die SP schwächen, ihre Glaubwürdigkeit untergraben. Wörtlich warnte Stich schon im Mai dieses Jahres: "Unsere Forderungen im Bereich Sicherheitspolitik und Militärausgaben würden kaum mehr ernst genommen. Auch würden wir in anderen sozialen und politischen Bereichen in unserem Kampf um Reformen an Kraft verlieren."

Bundesrat René Felber als Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten sprach an jenem 1. Mai in Chur Klartext: "Der nächste Schritt zu einer friedlichen Welt ist nicht die Abschaffung der Armee. Damit würden wir nur ein Machtvakuum im europäischen Raum schaffen und der Stabilität in Europa damit einen schlechten Dienst erweisen." Die Frage der Abrüstung auch von konventionellen Waffensystemen müsse zuerst auf der Ebene der Grossmächte und der beiden Militärblöcke seriös diskutiert werden und nicht in einem neutralen Kleinstaat, erklärte der Aussenminister. Und er warnte: "Die Schweiz mit ihrer ausschliesslichen Defensivarmee hat keine Vorleistung zu erbringen. Eine solche wäre kein Beitrag zu einem dauerhaften Frieden in Europa." Richtig sei es, sich an der Entspannungs- und Abrüstungspolitik aktiv zu beteiligen und danach, "wenn wir auf diesem Feld weiterkommen", auch in der Schweiz zu prüfen, "ob und wo wir abrüsten könnten."

Für kritische Schweizer und Sozialdemokraten kann es wohl keine Frage sein, wessen Argumente ernster zu nehmen sind, jene einiger Parteitagsideologen und Politabenteurer, oder jene der beiden SP-Bundesräte, die aus ihrer Regierungsverantwortung heraus für die Armee und gegen ihre eigene Partei antreten. Die Antwort am 26. November 1989 kann deshalb nur ein klares Nein sein zu einer "Schweiz ohne Armee" und damit auch ohne Zukunft.

Denkzettel-Demagogie

Die Friedfertigkeit

Eigentlich sind die meisten Menschen friedfertig, solange man ihnen nicht auf die Zehen tritt. Doch welches Mittel muss oder darf ich mich bedienen, um auch denjenigen vom Zehentreten abzuhalten, dem ich unsympathisch bin? Vielleicht fordern ihn meine grossen Füsse oder meine Nase heraus, das zu tun, was wohlerzogene Mitmenschen sonst unterlassen. Will ich nicht mit zerquetschten Zehen herumhinken, bleibt mir keine andere Wahl, als mich zu wehren. Wäre ich psychologisch und dialektisch gut geschult, könnte mein Mundwerk vielleicht als Verteidigungswaffe genügen. Sicherer ist es aber, Schuhe mit Stahlkappen zu tragen und zu wissen, wie man notfalls seine Fäuste braucht... Die Dissuasionskraft nimmt enorm zu, wenn der potentielle Zehentreter damit rechnen muss, seine aggressiven Gelüste nicht unlädiert austoben zu können.

Die Verlogenheit

Wer aber alles, was ihm lieb ist, als schützenswert ansieht - die Familie, die Heimat, die Natur oder materielle Güter - wird die Mähr von der Beispielswirkung, die jetzt die "Armeeabschaffer vom Dienst" erzählen, kaum logisch finden. Denn wer zu verstehen gibt, dass man ihm ruhig ungestraft auf die Zehen treten, seine Familie belästigen und sich an seinem Eigentum vergreifen kann, darf sich nicht wundern, wenn ihm tatsächlich so geschieht.

Die These von der bedingungslosen Kapitulation wird nicht glaubwürdiger, wenn sie von solchen Initianten in die Welt gesetzt wird, die sich selber vorzüglich zu wehren wissen, wenn ihre eigenen Interessen auf dem Spiel stehen. Die "Abschaffungsapostel" wissen nämlich genau, was sie in Wirklichkeit wollen.

Von der Verlogenheit zur Denkzettel-Demagogie

Die Kapitulationsmentalität hat in der Schweiz in gewissen Kreisen Tradition. Erinnern wir uns doch kurz an die braunen Demagogen vor fünfzig Jahren. Auch sie wollten eine Schweiz ohne eigene Armee. Diesmal haben linke Demagogen in die Trickkiste gegriffen. Nach dem Motto: "Sprich mit den Leuten, die du zu einer von ihnen ungewollten Handlung verführen willst, von etwas ganz anderem." Und plötzlich war die Argumentation geboren, die für viele so verlockend klingt: der Denkzettel.

Wer hat sich nicht schon über das Militär geärgert? Da gab es - unmögliche Vorgesetzte, - die Rekrutenschule, die die Stellensuche behinderte, - die direkte Bundessteuer, die so lange irreführend Wehrsteuer hiess, - Nachtruhestörungen durch Manöver, langsame Armeefahrzeuge immer dann auf der Strasse, wenn man selber in Eile ist, - Berichte über zu teure Flugzeuge und Panzer, - und, und, und. Wen wundert es, dass da das Argument vom "Denkzettel" ab und zu auf fruchtbaren Boden fällt.

Eigentlich will man ja die Armee gar nicht abschaffen. Man will nur "denen in Bern" einen Denkzettel verpassen. Die Vorlage wird sowieso abgelehnt, denkt man, und da wäre ein Schuss vor den Bug der "Bekränzten" und "Bebändelten" genau richtig.

Existenzielle Frage

Man darf aber keineswegs davon ausgehen, dass im November der Grossteil der Bevölkerung an die Urnen gehen wird. Man würde das gerne hoffen, weil es schlichtweg um die Existenz und die Sicherheit unserer Heimat geht. Aber die Erfahrung lehrt, dass Initianten die aktiveren Stimmbürger sind. Kommen dann noch die "Denkzettelschreiber" dazu, könnte es eine unangenehme Ueberraschung geben.

Die Glaubwürdigkeit und die Eigenständigkeit der Schweiz hat nur Bestand, wenn sie weltweit ausdrückt, dass hinter der Neutralität und damit verbunden hinter der Landesverteidigung das ganze Volk steht!

Serge M. Keller

"Dann kommen eben andere" - eine Vision

Der Traum von einer Schweiz ohne Armee sieht anders aus, als es die Initianten in ihren ganzseitigen Inseraten darstellen. Nehmen wir einmal an, 51 Prozent des Volkes hätten die Initiative angenommen. Was für einer Situation wird unser Land dann gegenüberstehen?

In unserer Phantasie tauchen Bilder auf: Unmittelbar nach Veröffentlichung des Abstimmungsresultates kommt der Bundesrat zu einer dringenden Sitzung zusammen. EMD-Chef Kaspar Villiger will zurücktreten. Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz telefoniert sofort mit den Nachbarn in Wien, Rom, Bonn und Paris. Wie er hört, sind die dortigen Regierungen konsterniert.

Die vier Nachbarn wissen natürlich, dass die Schweiz seit 1815 ihre immerwährende Neutralität gewahrt hat - dank der Armee. Sie hat dazu auch entsprechende Verträge unterschrieben. Und schon früher, so etwa im Zweiten Weltkrieg, machte man sich in den Nachbarländern Gedanken: Was würde es bedeuten, wenn die schweizerische Neutralität plötzlich nicht mehr von der Armee geschützt würde?

Auch jetzt überlegen unsere Nachbarn: Zwischen Rom und Bonn, zwischen den Mitgliedern der NATO laufen die Drähte heiss. Auch die USA fühlen sich als NATO-Mitglied betroffen. Frankreich ist zwar nicht Mitglied, ebensowenig wie Oesterreich, das seit 1955 seine Neutralität mit einer Armee verteidigt, was sogar in einem Vertrag mit Moskau unter Hinweis auf die schweizerische Neutralität festgehalten ist.

Die vier Botschafter der Nachbarländer treffen sich am Montag im "Bellevue-Palace" in Bern und finden bei gutem Essen und Trinken heraus, dass sie alle von diesem Loch "Schweiz ohne Armee" mitbetroffen sind. Am Nachmittag soll ein gemeinsames Protokoll über das "Vorgehen betreffs Auflösung des helvetischen Machtvakuumms" unterschrieben werden.

Die beiden Botschafter aus Rom und Bonn finden, am einfachsten wäre es, wenn sie die Lücke zwischen der NATO-Mittelfront und der NATO-Südfront schliessen würden. Der österreichische Botschafter entgegnet freundlich, aber bestimmt, das gehe wegen der Neutralität nicht gut. Zwar sei die österreichische Armee nicht sonderlich stark, aber als einzige neutrale Armee in der Region müsse sie die Grenze überschreiten um die schweizerische Neutralität zu schützen.

Beim Cognac erklärt der französische Botschafter, die "Grande Nation" vertraue den Schutz ihrer Ostflanke weder der NATO noch den Oesterreichern an, und man gedenke deshalb, eigene Truppen in die Schweiz einmarschieren zu lassen. Die vier Botschafter sehen sich mit einem völligen Wirrwarr konfrontiert. Alle vier erkennen zwar das Vakuum, das die abgeschaffte Schweizer Armee hinterlässt, alle Regierungen haben jedoch eine andere Meinung bezüglich der Konsequenzen.

Deshalb reisen einige Wochen später die vier Aussenminister der Nachbarländer nach Bern. Sie sollen das Problem "Schweizer Vakuum" auf höchster Ebene diskutieren. Bundesrat René Felber offeriert sogar im Namen der Schweizer Regierung einen Apéro im "Fédéral". Er erklärt in seiner Kurzansprache, die Regierung habe auch ohne die Armee viel zu arbeiten. Trotzdem bitte er darum, die Vierzigtöner-Lastwagen nicht durch die Schweiz fahren zu lassen. Auch ohne Armee seien unsere Autobahnen sonst überlastet.

Am schnellsten einigen sich die vier Aussenminister über den neuen Status von Genf. Die Stadt wird autonome, neutrale Zone, um weiterhin als Sitz für die UNO und das IKRK dienen zu können. Die Schutzaufgaben werden jeweils von internationalen Truppen wahrgenommen. Wie der österreichische Aussenminister stolz erklärt, haben der Palästinenserstaat, Papua-Neuginea und die Transkei ihre diesbezügliche Hilfe schon angeboten.

Schwieriger ist es, eine Lösung für die Rest-Schweiz zu finden. Die Franzosen wollen nach wie vor bis zum Ländle marschieren, Italien und Deutschland bis je zum Alpenkamm. Einzig Oesterreich als Schwächster im Bunde hat bereits aufgesteckt und gibt sich mit Teilen der Kantone Thurgau und Sankt Gallen zufrieden. Lichtenstein hat unterdessen zum Schutz der fürstlichen Briefmarkensammlung die Generalmobilmachung angeordnet. In tiefster Nacht wird man sich endlich einig. Italien bekommt das Tessin und die Bündner Süd-Täler. Deutschland und Frankreich teilen sich den noch verbleibenden Rest entlang des "Röschtrabens" vom Wallis über Freiburg nach Bern.

Wir wissen noch nicht, ob sich das Schweizervolk am 26. November 1989 für oder gegen die Armeeabschaffungs-Initiative entscheiden wird. Vielleicht träumen einige schon ganz ernsthaft von einer Schweiz ohne Armee. Sie verdrängen allerdings, dass dann mit ziemlicher Sicherheit andere Armeen in der Schweiz stehen würden. Schon einmal in der Geschichte, 1799, beim Einmarsch Napoleons, stand die Schweiz ohne Verteidigungsinstrument da. Damals fand eine grosse Schlacht zwischen Franzosen und Oesterreichern bei Zürich statt, eine andere zwischen Russen und Franzosen im Muotatal. Beide Orte lagen... in einer Schweiz ohne Armee.

Einige strategische Ueberlegungen

Nun ist es also doch soweit: Der Souverän hat über die Initiative "für eine Schweiz ohne Armee" abzustimmen. Lange hatte man gehofft, die diversen linken Gruppen und Grüppchen würden das geforderte Quorum nicht erreichen. Nach einem Jahr waren erst 60'000 Unterschriften gesammelt. In einem Grosseinsatz gelang es dann doch noch, weitere 70'000 zusammenzubringen.

Ueber die Armee kann immer diskutiert werden und wird auch immer diskutiert. Gerade das wollen die Initianten nicht mehr. Für sie soll die Armee gar kein Gesprächsthema mehr sein. Sie wollen diese ja abschaffen. Diese Position ist völlig unhaltbar. Trotzdem werden ihr viele Bürger, gerade im Medienbereich, willig die Ohren öffnen. Was schon bei der Einreichung am 12. September 1986 befürchtet wurde, ist nun auch eingetroffen. Bei den Diskussionsrunden sind zwei dafür, zwei dagegen. Dazwischen sitzt der mehr oder weniger neutrale Gesprächsleiter. Damit ist doch die etwa bei anderen Sendungen verpönte Ausgewogenheit "gewahrt". Es ist eine falsche Ausgewogenheit, die aber im Konzept der Initianten eingeplant ist.

Denn niemand wird sich doch etwas vormachen wollen: Die Initiative wird abgelehnt. Wichtig ist allerdings das Verhältnis. 85 Prozent Nein zu 15 Prozent Ja wäre ein schönes Ergebnis. Aber was heisst das schon? Hinter 15 Prozent Ja-Stimmen werden bei einer Stimmbeteiligung von 50 Prozent immerhin um die 300'000 sogenannte Schweizer Bürger stehen. Das sind schon viel zu viel, und die Armeefeinde werden aufjubeln: Seht, so viele wollen keine Armee. Und sie werden vielleicht gleich zu einer Zweitaufgabe ihrer Begehren schreiten. Freilich ist zu befürchten, dass noch mehr dem unmöglichen Begehren zustimmen werden, sei es aus Ueberzeugung, sei es, weil sie der massiven und reisserischen Propaganda erlegen sind, sei es, dass sie mit dem Militär "etwas abzurechnen" haben...

Ein Gutes hat die Entscheidung vom 26. November: Die Initiative zwingt zu einer klaren Stellungnahme. Wer gegen die Armee ist, muss dies sagen, wer für die Armee eintritt, ebenfalls. Es gibt keine Mittelstellung. Wer glaubt, eine solche vertreten zu können, stellt sich automatisch gegen die Armee. Diese Ausgangslage hat vor allem die SP in eine unangenehme Lage, ja vielleicht in eine neue Zerreisprobe hineinmanöveriert.

Bei der Vorlage geht es um ein fundamentales Prinzip unseres Vaterlandes, das geben die Initianten auch zu. Man mag gegen die Armee kritisch eingestellt sein, eine Abschaffung würde indessen das Ende unseres Staates bedeuten. Denn die Schweiz als eigenständiger Staat soll, ginge es nach den Vorstellungen der Initianten, zerstört werden. Sie wollen, dass wir wehrlos werden. Die Beseitigung des Milizheeres würde in Mitteleuropa ein Vakuum schaffen, das wohl bald von einer fremden Macht gefüllt würde.

Dr. Paul Ehinger

"Abrüstung mit Frieden zu vermengen ist ein schwerer Fehler"

Von SVP-Nationalrätin Elisabeth Zölch-Balmer, Bern

"Abrüstung mit Frieden zu vermengen ist ein schwerer Fehler" – dieses Zitat von Churchill, diese Mahnung, sollten wir im Vorfeld der Abstimmung über die Armeeabschaffungs-Initiative besonders ernst nehmen.

Die Frage ist gestellt: Bedeutet die Abschaffung unserer Armee einen Schritt in Richtung einer friedlicheren Welt, einer Welt ohne Krieg?

1987 standen weltweit 27 Millionen Soldaten unter den Waffen. In 22 Kriegen und Konflikten starben über 2 Millionen Menschen. Bis 1988 wurden weniger als 5 Prozent der in Europa stationierten Kernwaffen abgerüstet. Der Entspannungsprozess zwischen den Grossmächten gibt zwar Hoffnung; seine Entwicklung ist aber ungewiss. Noch hält das Wettrüsten an. Die Machtunterschiede zwischen den Staaten sind zu gross, die menschlichen Interessen zu unterschiedlich und die kulturellen und gesellschaftlichen Wertvorstellungen zu verschieden, als dass ein Gleichgewicht absehbar wäre. Die Gleichung "kein Militär = kein Krieg" könnte nur weltweit stimmen.

In einer solchen Zeit des Ungleichgewichtes ist es Aufgabe des kleinen, neutralen Staates Schweiz, alles dazu beizutragen, um die Stabilität in Europa zu sichern. Damit kann unser Land einen Beitrag zum Frieden leisten. Die Schweiz, die sich aus äusserer Bedrohung zum eigenständigen Staatswesen gefunden, die ihren Minderheiten stets die Lebensgrundlage der Selbstverwirklichung gewährt hat, weiss um die Bedeutung der Stabilität als Pfeiler eines inneren Friedens. Wegen ihrer geographischen Lage und ihres politischen Auftrages als neutraler Kleinstaat im Herzen von Europa trägt unser Land eine besondere Verantwortung.

Nur eine unabhängige Schweiz kann jedoch stabilisierend wirken. Diese Unabhängigkeit geht mit demjenigen Tag verloren, an dem wir unseren Schutz anderen Staaten überlassen und wehrlos werden. Schon aus diesem Grunde darf die Armee nicht abgeschafft werden.

Es ist aber auch Aufgabe unseres Landes, sich an der Entspannungs- und Abrüstungspolitik wie bisher aktiv zu beteiligen. Frieden kann nicht nur durch eine Verteidigungs-Armee sichergestellt werden. Es müssen auch Impulse von uns ausgehen, die eine friedvollere Welt ermöglichen. Ich denke dabei insbesondere an Massnahmen zugunsten der reformwilligen Länder Osteuropas. Sie müssen befähigt werden, durch Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Strukturen politisch stabile Demokratien zu werden. Weiter denke ich an die guten Dienste der Schweiz, in Namibia und Nicaragua, in Ländern also, die in Kürze mit demokratischen Wahlen einer sichereren Zukunft entgegengehen wollen. Dies ist aktive Sicherheits- und Friedenspolitik. Wir haben mitzuhelfen bei der Lösung von Konflikten und wir müssen unseren Beitrag zum Aufbau und zur Erhaltung des Friedens weiterhin auch ausserhalb unserer Landesgrenze leisten. Eine aktive Friedens- und Sicherheitspolitik, wie sie auch die Initianten fordern, kann aber glaubhaft nur von einem Staat ausgeübt werden, der in der Lage ist, seine Bürgerinnen und Bürger selbst zu schützen; der äussere und innere Sicherheit gewährleisten kann. Dazu brauchen wir unsere Armee.

Der Armeeabschaffungs-Initiative ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Stimmenthaltung bedeutet Schwäche und ein Kneifen vor der Verantwortung, die unser Land gerade im Interesse der Stabilität und des weltweiten Friedens zu übernehmen hat. Abrüstung mit Frieden zu vermengen, wäre tatsächlich ein schwerer Fehler!

Selbst SP-Nationalräte gegen Armeeabschaffung

Zuerst ein Ja zur Volksinitiative "für eine Schweiz ohne Armee" und gleich darauf die Empfehlung "Stimmfreigabe" an ihre Gesinnungsfreunde, das ist die "Haltung" der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) als Regierungspartei zu einem grundradikalen Begehren, das an den Fundamenten der Eidgenossenschaft zu rütteln versucht. Als Richtschnur für sozialdemokratische Betrachtungsweisen sind jedoch die Voten ernstzunehmender SP-Nationalräte in der Debatte vom 7. Dezember 1988 über diese Initiative sehr viel hilfreicher:

Nationalrat Helmut Hubacher (Basel): "Man kann sich fragen: Bedroht die Schweizer Armee andere Staaten? Eindeutige Antwort: Nein. Die Nichtangriffsfähigkeit ist absolut glaubwürdig. Zweite Frage: Würde die Welt friedlicher, wenn die Schweizer Armee nicht mehr existierte? Wir meinen: Nein, das wäre wohl kaum der Fall. Drittens kann man sich fragen: Soll, muss oder darf ein Kleinstaat mit der totalen Abrüstung vorgehen? Wir meinen, die eigentliche Weltgefahr in diesem Rüstungswahnsinn sind vor allem die Grossmächte, das sind andere Mächte als unser Kleinstaat Schweiz."

Nationalrat Sepp Stappung (Zürich): "Was wir brauchen, ist eine vernünftige, realitätsbezogene Militärpolitik sowie eine demokratisch strukturierte Armee mit Zivildienst. Diese Initiative ist für alle diejenigen, die in Armee- und EMD-Belangen umdenken müssen, ein Wink mit dem Zaunpfahl. Jetzt ist Gelegenheit, einen Schritt zu tun."

Nationalrat Ernst Eggenberg (Thun): "Ich lehne die Initiative ab, ich bejahe die militärische Landesverteidigung. Mein Ja begründet sich durch die Summe aller Werte, die mir in unserem Land kostbar sind und die ich unter keinen Umständen preisgeben möchte. (...) Wer jetzt und heute unsere Armee aufheben will, ohne den geringsten Wandel in der Denkweise und im Verhalten der Menschen nachzuweisen, muss sich den Vorwurf des fehlenden Realitätsbezuges gefallen lassen."

Nationalrat Silvio Bircher (Aarau): "Das Ziel der Abschaffung der Armee wäre nur sinnvoll, wenn viele, ja die meisten Staaten, diesen Schritt auch tun würden. Blieben wir als Kleinstaat allein, müssten wir uns bald als Trittbrettfahrer einem militärischen Bündnis anschliessen, was wohl die wenigsten möchten."

Nationalrat Richard Bäumlin (Bern): "Im letzten Weltkrieg habe ich mich als Gymnasiast, als ich noch nicht wehrpflichtig war, bei der Ortswehr gemeldet und ein Langgewehr bezogen, wie es damals üblich war. In meinen alten Tagen würde ich mich gleich verhalten. (...) Ich lehne die Armee nicht ab. Ich werde, solange ich politisch tätig bin, für eine Redimensionierung eintreten."

Nationalrat Elmar Ledergerber (Zürich): "Es ist oft gesagt worden, und ich will es nochmals repetieren, dass die sozialdemokratische Partei nach wie vor der Meinung ist, die Armee hätte eine gewisse Rolle in unserer Sicherheitspolitik zu erfüllen. Auch wenn diese Rolle sinkende Bedeutung hat. Dies gilt aber nur, und die Armee kann es auch nur, wenn die notwendigen Reformen an die Hand genommen werden."

Nationalrat Peter Bodenmann (Brig): "Ich bin nicht für die Abschaffung der Armee losgelöst von nationalem Konsens, gesellschaftlichem Umbruch und koordinierter internationaler Abrüstung."

Statt Sicherheitspolitik lieber Risikopolitik?

Von SVP-Nationalrat Fritz Hösli, Diesbach (GL)

Vor rund anderthalb Jahrzehnten formulierte der Bundesrat erstmals ein Konzept der Sicherheitspolitik mit Massnahmen, die Staat, Volk und Territorium vor Gefahren bewahren sollen, aber auch mit allgemein friedenssichernden Massnahmen. "In diesem Lichte betrachtet", so stellt der Bundesrat in seiner Botschaft vom 25. Mai 1988 zur Initiative "für eine Schweiz ohne Armee" fest, "rennt die Forderung der Initianten nach Entwicklung einer umfassenden Friedenspolitik offene Türen ein. Sie formuliert als Forderung eine Selbstverständlichkeit, deren Tatbeweis für jedermann seit langem nachprüfbar ist."

Neu und beispiellos radikal ist hingegen die erste Forderung, die Schweiz solle auf den Schutz ihrer Bevölkerung und ihres Hoheitsgebietes durch Verteidigungsbereitschaft verzichten. "Die Abschaffung der Armee hätte den Uebergang von einer ausgewogenen Sicherheitspolitik zu einer ausgesprochenen Risikopolitik zur Folge", erklärte Ende Januar dieses Jahres der Bündener SVP-Ständerat Ulrich Gadiant in der kleinen Kammer, als die Armeeabschaffungs-Initiative zur Debatte stand. Ausserdem mahnte Gadiant: "Eine Friedens- und Aussensicherheitspolitik ohne den Hintergrund einer glaubwürdigen Landesverteidigung wäre ebenso wirkungslos wie eine Aussenwirtschaftspolitik ohne die Basis einer leistungsfähigen nationalen Wirtschaft." Gadiant nannte die Idee einer Armeeabschaffung "leichtsinnig und in Würdigung aller Voraussetzungen schlechthin unverantwortlich."

Der Aargauer CVP-Ständerat Hans Jörg Huber wies auf einen unlösbaren Zielkonflikt zwischen dem schweizerischen Staatszweck und der Stossrichtung der Armeeabschaffer hin: "Wer Ja sagt zur Neutralität nach schweizerischem Muster, wie sie das Völkerrecht versteht, muss Ja sagen zur Armee. Bei dieser Initiative handelt es sich um einen sehr handfesten Versuch, den Kleinstaat Schweiz seines wirksamsten Mittels zur Behauptung von Unabhängigkeit und Freiheit zu berauben, nämlich seiner defensiven Milizarmee, der die strategische Angriffsfähigkeit völlig fehlt, die mithin das Ziel erreicht hat, das moderne Friedensforscher von Streitkräften erwarten."

Für ihn sei die Landesverteidigung eine verfassungsmässige Bundesaufgabe wie jede andere auch. Mit diesem klärenden Satz stellte sich in der gleichen Debatte auch der sozialdemokratische Basler Ständerat Carl Miville kompromisslos hinter die Armee und in offenen Widerspruch zu den Armeeabschaffern seiner eigenen Partei, denen er in Erinnerung rief:

"Ich weiss von keiner sozialdemokratischen Partei in Europa, die so etwas wie die Armeeabschaffung verlangt. Ich kenne keine sozialdemokratische Regierung, die so etwas unternimmt. Wir geben 1,9 Prozent unseres Bruttosozialproduktes für militärische Landesverteidigung aus, das sozialdemokratisch regierte Schweden 2,5 Prozent. Und dies mit gutem Grund: Die Welt ist, wie sie ist, und nicht so, wie wir sie gerne hätten." Miville mahnte im Rat eindringlich, von rücksichtslosen, menschenverachtenden Diktatoren könnten auch in Zukunft Gefahren, Bedrohungen und politische Erpressungen ausgehen, "und in einer solchen Situation will ich mein Land nicht wehrlos machen, nicht wehrlos sehen, wehrlos jeder Erpressung ausgeliefert."

Der Antimilitarismus, welcher in dieser radikalen Armeeabschaffungs-Initiative zum Ausdruck kommt, ist ein Produkt der wohlstandsgeprägten, modernen Freizeit- und Konsumgesellschaft, des Individualismus und des Ueberdrusses gegenüber Gemeinschaftsverpflichtungen, von Steuerverdrossenheit über die allgemeine Entpolitisierung bis zur Abneigung, sich für Chargen in irgendwelchen Verbänden oder Vereinen zur Verfügung zu stellen. So sieht es auch der Sozialdemokrat Miville, wie überhaupt jeder Realpolitiker.

Risikopolitik kann und darf keine Alternative zur bewährten schweizerischen Sicherheitspolitik werden. Deshalb ist die Anti-Armee-Initiative am 26. November 1989 wuchtig zu verwerfen.

Und wenn wir vom Frieden sprächen?

Von CVP-Nationalrätin Elisabeth Déglise, Villarsel-sur-Marly

Wenn es ein Gut gibt, das alle ersehnen, weil es überaus kostbar ist, dann handelt es sich ohne Zweifel um den Frieden; den inneren Frieden, den Frieden in der Familie, den Frieden unter den Nachbarn, den Frieden im Dorf, den Frieden unter den verschiedenen Sprachgruppen, den Frieden im eigenen Land, den Frieden auf der Welt.

Ohne unser Dazutun gibt es keinen Frieden. Frieden muss Tag für Tag neu geschaffen werden. Dies bedingt Willen, Geduld und Ausdauer. Ununterbrochen muss daran gearbeitet werden. Was für unser persönliches Leben und für das Leben in der Gemeinschaft gilt, trifft auch und um so mehr für unser Land zu.

Vom Frieden wird in nächster Zeit immer wieder die Rede sein, sind doch die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aufgerufen, über die Initiative "für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik" abzustimmen. Diese Initiative - sie mag uns fast etwas verrückt erscheinen - hat das Verdienst, dass wir gezwungen sind, uns einmal mit unseren Institutionen, im besonderen derjenigen unserer Armee, auseinanderzusetzen.

Es erstaunt mich, dass für die Initianten die Armee im Widerspruch zu einer umfassenden Friedenspolitik steht. Tatsache ist, dass die Armee dazu beiträgt, den Frieden zu erhalten. Eine glaubwürdige Landesverteidigung, die bewaffnete Neutralität und die Anerkennung unserer Armee sind heute wie morgen eine Notwendigkeit unserer Sicherheitspolitik und unseres Einsatzes für den Frieden.

Die Schweizer Armee ist eine Verteidigungsarmee. Ihre Aufgabe ist es, die Schweiz gegen ausländische Angriffe zu

schützen. Unsere Truppen werden den internationalen Frieden niemals gefährden. Sie sind dem Frieden verpflichtet und leisten ihren Beitrag bei den Anstrengungen, die für einen umfassenden Frieden unternommen werden.

Den Frauen ist der Frieden ein grosses Anliegen. Sie werden anlässlich der Abstimmung vom 26. November 1989 auch ein Wörtchen mitzureden haben. Sie sollen sich aber nicht vom Widerspruch irreführen lassen: wir wollen eine umfassende Friedenspolitik, schaffen wir also die Armee ab.

Das zweite vatikanische Konzil erklärt in einem seiner Texte: "Wer als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, soll sich als Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker betrachten. Er trägt durch Ausübung seines Dienstes wahrhaft zur Festigung des Friedens bei".

Deshalb kann jemand, der sich für den Frieden einsetzt, vernünftigerweise die Existenz der Armee nicht ablehnen.

Ich hoffe, dass in den nächsten Wochen mit Respekt und Toleranz über diese Initiative diskutiert wird. Dies wird uns Gelegenheit geben, unsere eigene Fähigkeit zum Frieden zu überprüfen und unsere diesbezüglichen Anstrengungen zu intensivieren.

Helmut Hubacher: "Attentat gegen die Armee"

AS. Als 1970 ein Initiativkomitee aus den Restbeständen des "Zürcher Manifestes" ein Volksbegehren gegen jegliche Waffenproduktion in der Schweiz und die Ersetzung der obligatorischen in eine freiwillige Wehrpflicht starten wollte, wandte sich SP-Nationalrat Hubacher in der "AZ" vom 18. April 1970 mit überzeugenden Worten gegen solche Pläne. Unter dem Titel "Attentat gegen die Armee" legte der heutige SP-Präsident, der jetzt bei der Armeeabschaffungs-Initiative eine eher undurchsichtige Rolle spielt, ein eindeutiges Zeugnis für eine starke Schweizer Armee ab. Würde man im Schlusssatz des damaligen Kommentars die Jahrzahl 1970 durch 1989 ersetzen, so könnte Helmut Hubacher jetzt überall als überzeugter Anwalt einer wehrhaften Schweiz und einer starken Verteidigungsarmee auftreten. Es ist manchmal gut, wenn die eigenen Worte einen Politiker einholen!

Wörtlich schrieb Hubacher damals seinen Genossen ins Stammbuch: "1936 bekannte sich die SP Schweiz nach turbulenten Parteitagdiskussionen zur Landesverteidigung. Hitlers Machtantritt im Jahre 1933 sowie die drohende Kriegsgefahr beschleunigten diesen Umdenkprozess.

Heute zu sagen, die Schweizer Armee sei während des Zweiten Weltkrieges mehr oder weniger wertlos gewesen, zeugt von Unkenntnis oder Ignoranz. Es wird immer umstritten bleiben, wieweit sich die Nazis mehr von wirtschaftspolitischen oder mehr von militärischen Überlegungen leiten liessen, die Schweiz nicht anzugreifen. Sicher aber sind drei Dinge:

Erstens einmal verkörperte General Guisan den Durchhaltewillen und den Widerstandsgeist unseres Volkes. Der Armeeführer und nicht etwa der Bundesrat war der Fels im Sturm gewesen.

Zweitens: Ohne Armee hätte unser Volk die Kriegsjahre - völlig eingekreist von Hitler-Deutschland - rein psychologisch nicht durchgestanden. Die Armee gab dem Volk das innere Sicherheitsgefühl. In Stunden der Gefahr nützt eben die Waffe in der Hand mehr als schöne Deklamationen aus Friedenszeiten.

Drittens: Keine Grossmacht würde unsere Entwaffnung nachahmen. Wer solches glaubt, überschätzt die Bedeutung der Schweiz. Zudem: die Schweiz unterhält eine reine Defensivarmee, die niemanden angreifen, sondern nur verteidigen will. Solange es auf dieser Welt eben nicht friedlicher zu- und hergeht, brauchen wir diese "Versicherung".

Kritik an einzelnen Massnahmen der Armee: ja - Liquidierung derselben: nein, das ist unsere Haltung. Die politische Arbeiterbewegung hat die Landesverteidigungsfrage längst entschieden. Eine Repetition im Jahre 1970 ist überflüssig."

Ein weisser Fleck ist keine Friedensgarantie

Von SVP-Nationalrat Willi Neuenschwander, Oettwil a.d.L.

Unter den schwachen Argumenten der Armeegegner ist die Behauptung, die Schweizer Armee ziehe im Krisenfall die Gefahr an, während eine waffenlose Schweiz ungeschoren bliebe, eines der einfältigsten und perfidesten zugleich. Der Blick in Geschichte und Gegenwart beweist, dass praktisch überall Soldaten standen und stehen. Wenn's gut geht, eigene, wenn's schlecht geht, fremde! Ein weisser Fleck auf der sicherheitspolitischen Landkarte sichert den Frieden nicht. Im Gegenteil: Er wirkt als Vakuum. Bei der geringsten weltpolitischen Instabilität - und eine solche kann über Nacht eintreten - würde es von den Machtstrategen dieser Welt ausgefüllt werden. Wer für eine Schweiz ohne Armee eintritt, kämpft nicht für den Frieden, sondern liefert unsere Heimat der Besatzungsgefahr aus.

Abrüstung in Worten - Aufrüstung in Taten

Werden wir noch konkreter: So erfreulich die Abrüstungsgespräche zwischen Ost und West sind, so dürftig sind bisher ihre Ergebnisse. Bei den konventionellen Waffen wird beiderseits munter weitergerüstet, und vom gesamten Nuklearwaffenpotential der Welt sind bisher nachweislich ganze drei Prozent verschrottet worden. Da wollen uns einige linke Wirrköpfe weismachen, der Friede in Europa sei "nicht mehr umzukehren", und der Sinn einer schweizerischen Bewaffnung entfalle schon aus diesem Grund! In Wirklichkeit kann der Friede morgen schon gefährdet sein, wenn beispielsweise die gegenwärtigen Risse im Ostblock eigentlichen Zerfallscharakter annehmen und sich die Machthaber zu kopflosen Reaktionen hinreissen liessen. Man erinnere sich an den Frühling 1989 in China! Dann würde die Nato - oder Frankreich allein - kaum ein unverteidigtes Territorium im Herzen Europas dulden, sondern "vorsorglich" in der Schweiz Fuss fassen. Abgesehen davon, dass sich erfahrungsgemäss auch "freundschaftliche" Besetzer zumeist nicht sehr höflich und auch kaum umweltfreundlich aufführen, wäre damit das Risiko eines Krieges zwischen fremden Armeen auf unserem Gebiet vorprogrammiert. - Genau diese Risikoschwelle ist ungleich höher, wenn ein Gegner den Preis eines Uebergriffes auf unser Land zum vornherein genau kennt. Hitler errechnete schon 1940 einen Bedarf von 11 bis 20 Divisionen für die Niederkämpfung der Schweiz - und liess es bleiben. Erkenntnis: Nicht eine abgerüstete, sondern nur eine verteidigungsbereite Schweiz kann dem Schicksal entgehen, zum Spielball fremder Mächte zu werden.

Unverantwortliches Spiel mit dem Feuer

Unter den Armeegegnern gibt es verschiedenerlei Gattungen. Da sind einmal einige Blauäugige, die tatsächlich glauben, die Schweiz könne mit einem Waffenverzicht ein weltweites Friedenszeichen setzen. Ihnen muss gesagt sein, dass sie mit diesem Argument im Ausland bisher nur Kopfschütteln und Gespött geerntet haben, bei französischen Kommunisten so gut wie bei schwedischen Sozialisten oder sowjetischen Generalstäblern, für die alle die Landesverteidigung kein Diskussionsthema ist.

Dann gibt es bei den Gegnern aber auch Leute, die alle Bedenken gegen eine Armeeabschaffung kennen, und die auch wissen, dass die Schweizer ihre Armee nicht abschaffen werden. Ihre Ziele sind einzig innenpolitischer Art: Anschwärzung der Armee und damit Diffamierung des "Systems". Sie spielen mit dem Feuer der Armeeabschaffung und wissen dabei, dass man im Schweizerhaus auch ungestraft mit dem Feuer spielen darf, ohne dass dabei Freiheit und soziale Wohlfahrt gefährdet sind. Doch frevelhaft bleibt solches Spiel allemal. Das Schweizervolk tut denn auch gut daran, den Anfängen zu wehren. Es wird darum der verantwortungslosen Initiative die nötige Abfuhr erteilen.

Geld und Geist - nicht das Portemonnaie sollte über die Zukunft der Schweizer Armee entscheiden

Von FDP-Nationalrat Paul Fäh (Luzern)

Die Schweizer Armee kostet Bund, Kantone und Gemeinden derzeit jährlich rund sechs Milliarden Franken. Ein kostspieliger Flugzeugkauf steht vor der Tür. Die Befürworter der Armeeabschaffung schreiben von zehn Milliarden Jahreskosten und malen aus, was man alles mit den frei werdenden Mitteln tun könnte. Das Portemonnaie spielt beim Denken eine entscheidende Rolle.

Zu den zehn Milliarden: Die Addition stimmt. Nur handelt es sich bei dieser Ausgabensumme um die Gesamtausgaben für die Gesamtverteidigung, also inklusive Zivilschutz und wirtschaftliche Landesversorgung. Zudem werden zweieinhalb Milliarden für Beiträge und freiwillige Leistungen der Privatwirtschaft in Rechnung gestellt.

Zweifellos erbringt die Wirtschaft - wie wir alle - zugunsten der militärischen Landesverteidigung Opfer an Zeit und Geld. Aber sie leistet nicht nur etwas, sie bekommt auch etwas. Nebst immateriellen Werten sind dies Zahlungen in Milliardenhöhe.

Die Relationen sehen

Milliarden, das ist viel Geld. Milliardenausgaben stossen denn auch verständlicherweise auf Kritik. Vor allem dann, wenn man direkt nicht selber davon profitiert. Aber man sollte dennoch die Relationen nicht ausser acht lassen. Die Ausgaben für die militärische Landesverteidigung haben seit 1969 prozentual massiv abgenommen. International stehen wir mit unseren Militärausgaben - wie immer man sie rechnet - in der untersten Tabellenhälfte. In der Rangliste der Ausgaben der öffentlichen Hand rangieren die Militärausgaben nach den Ausgaben für Bildung, soziale Wohlfahrt, Verkehr und Energie sowie Gesundheitswesen mit einem Anteil von rund acht Prozent an fünfter Stelle.

Lockvogelpolitik

Die Ansicht, die Abschaffung der Schweizer Armee brächte automatisch höhere AHV-Renten und tiefere Krankenkassenprämien sowie machte mehr Mittel für Umweltschutz und Entwicklungshilfe frei, ist einseitig. Eine

Abschaffung führte zu einer staatspolitischen Zerreissprobe. Geldbeschaffung und Geldverteilung würden neu überdacht. Gedanken wie "Steuersenkung" und "Bilden von Sicherheitskräften und Katastrophenorganisationen" kämen neu ins Spiel. All diese Gedanken werden jedoch Theorie bleiben. Von den Initianten wird aber trügerische Lockvogelpolitik betrieben.

Nun aber genug der Worte über das Geld. Nicht das Portemonnaie sollte über die Zukunft der Schweizer Armee entscheiden. Was nicht heisst, dass nicht auch die Armee Steuermittel sparsam einzusetzen hat. Entscheiden über die Zukunft der Schweizer Armee sollte der Geist. Sind wir bereit, weiterhin für die Gemeinschaft Opfer an Zeit und Geld zu bringen? Sind wir bereit, deswegen temporär auf Annehmlichkeiten und Freiheiten zu verzichten? Haben wir die Kraft und den Willen, uns zu schützen? Diese Fragen haben wir uns zu beantworten. Und gestützt darauf am 26. November zu entscheiden.

Diese Freiheit möchte ich behalten

Von CVP-Nationalrat Hermann Wellauer, Frauenfeld

Die Armeeabschaffungs-Initiative zwingt uns, über unsere Armee nachzudenken, ja sie zwingt uns, grundsätzlich nachzudenken über die Aufgabe und den Platz der Armee im weiteren Sinne und im Rahmen unserer Sicherheits- und Friedenspolitik. "Was für eine Armee brauchen wir?" Bezüglich dieser Frage kann man durchaus geteilter Meinung sein.

Die Abschaffung der Armee aber ist eine radikale Forderung. Es wäre aber auch eine einzigartige Massnahme, weil sie freiwillig ergriffen und uns nicht von aussen aufgezwungen werden müsste. Eine derart radikale Massnahme liesse sich aber nur dann verantworten, wenn sich die Umwelt und die Bedrohung radikal geändert hätten. Die Abschaffung der Armee liesse sich auch nur verantworten, wenn dies zudem zu einer besseren und friedlicheren Umwelt beitragen könnte.

In diesem Sinne hat man der Frage nachzugehen, welchen Beitrag die Schweiz in Zukunft für den Frieden, insbesondere für den Frieden in Europa, zu leisten vermag. Europa liegt zwischen den beiden Machtblöcken USA und UdSSR. Europa ist heute in der Welt eine Insel der Sicherheit, was man von anderen Teilen dieses Globus nicht behaupten kann. Einer der Gründe liegt sicher darin, dass Europa den höchst gerüsteten Teil der Welt darstellt. Jedes Land in Europa hat eine Armee, und diese wird mehr oder weniger gut ausgerüstet und ausgebildet. Das ist allerdings die Schattenseite der beneidenswerten Sicherheit.

Wir Schweizer leben mitten in dieser Insel Europa. Unsere heutige Lage und Stellung in Westeuropa zeigt mit aller Deutlichkeit, wie eng unser Land politisch, institutionell und wirtschaftlich mit seiner europäischen Umgebung verbunden ist. Auch wenn in naher Zukunft ein Beitritt zur EG-Gemeinschaft nicht möglich ist, haben wir doch alles zu versuchen und zu unternehmen, uns dieser EG auf verschiedenen Gebieten anzunähern. In diesem Sinne haben wir auch Verpflichtungen gegenüber dieser Gemeinschaft zu erfüllen. Nur als Trittbrettfahrer sind wir nicht erwünscht. Wir gehören nun einmal zu diesem Europa. Zu den erwähnten Verpflichtungen gehört nicht nur der Bau einer neuen Alpentransversale, sondern auch unser Beitrag zur Friedenssicherung in Europa. Auch wir haben in dieser Gemeinschaft, ob wir beitreten oder

nicht, unser Territorium nach aussen zu verteidigen, wie das die anderen Staaten in Europa auch tun. Die Schweizer Armee war und ist durch ihr blosses Vorhandensein ein politisch wirksames Instrument dieser Friedenssicherung. Wir greifen niemanden an, sondern wollen, wie die anderen Staaten in Europa, den Frieden in Freiheit bewahren. Wir wollen auch in Zukunft unseren Beitrag zur Friedenssicherung in Europa leisten. Wir können das aber nicht zum Null-Tarif tun und unsere Armee abschaffen.

Es ist gut, wenn wir auch weiterhin auf eine Armee zählen können, die unsere Freiheit schützt. Zum Beispiel auch diese Freiheit, in einem Land leben zu dürfen, in dem man über die Abschaffung der Armee abstimmen kann.

Diese Freiheit möchte ich behalten.

Weshalb stehen Frauen zur Armee?

Gegner der bewaffneten Landesverteidigung verunglimpfen die Schweizerarmee oft und gerne mit der Behauptung, sie sei eine Organisation ewiggestriger Kampfhähne, die eben ihre Spielwiese bräuchten. Weshalb stehen dann aber Frauen zu dieser Armee? Weshalb wehren sie sich gegen kollektive Wehrlosigkeit eines Kleinstaates, der niemand bedroht? Aufschlussreiche Argumente lieferten im Dezember letzten Jahres National- und Ständerätinnen aus dem ganzen politischen Spektrum, als die Initiative "für eine Schweiz ohne Armee" im Parlament behandelt wurde. Ein paar Beispiele:

Nationalrätin Judith Stamm (CVP), Luzern: "Ich bin überzeugt, dass die Staaten lernen müssen, ihre Konflikte anders auszutragen als durch Kriege. Aber ich sehe den Beitrag der Schweiz zu diesem Ziel nicht in der Abschaffung unserer Armee. Der Beitrag der Schweiz besteht heute und morgen beispielsweise darin, als kleines Land mit einer reinen Defensivarmee als Modell und Beispiel für andere zu dienen."

Nationalrätin Susi Eppenberger (FDP), Nesslerau (SG): "Ein gefährlicher Trugschluss ist es, wenn die ausserhalb der Armee wirkenden Frauen meinen, sie hätten mit der Landesverteidigung, der Dissuasion, nichts zu tun. Die Armee kann auf die Unterstützung der Gesamtheit der weiblichen Bevölkerung nicht verzichten. Unsere Milizarmee baut just darauf, dass der Wehrmann auch eine Heimstätte hat, quasi als materielle und geistig-seelische, individuelle Logistik."

Nationalrätin Elisabeth Zölch (SVP), Bern: "Die Armee hat in der Friedens- und Sicherheitspolitik bis heute ihre Aufgabe erfüllt. Das Gegenteil wäre erst noch zu beweisen. Für mich ist sie vor allem ein Mittel zum Schutze unserer Unabhängigkeit und unserer Neutralität. Von Werten also, die uns immer wichtig waren und die wir gerade im Hinblick auf die Diskussion um die Stellung unseres Landes in Europa immer wieder in die Waagschale werfen wollen."

Nationalrätin Eva Segmüller (CVP), St. Gallen: "Zur Vision einer friedlichen Welt gehört eben nicht an erster Stelle das Sichentledigen der Verteidigungsmöglichkeiten oder der Verzicht auf Verteidigungsbereitschaft. Zur Vision einer friedlichen Welt gehört der Respekt vor dem Territorium des anderen, verbunden mit dem Willen zur Staatsverteidigung, also keinen Uebergriff auf das eigene Land dulden zu wollen. Notwendiges Instrument dazu ist eine glaubwürdige Armee. Sie ist der sichtbare Ausdruck dafür, dass wir gewillt sind, die Verantwortung für unsere Freiheit selber zu tragen."

Ständerätin Josi Meier (CVP), Luzern: "Diese Initiative ist leichtfertig und undurchdacht. Wegen neuer Sicherheitsgefahren sollen wir nicht die Armee abschaffen, sondern wir müssen das Sicherheitskonzept auch auf neue Gefahren ausdehnen. Die beste Grundlage für den Verteidigungswillen - und damit auch für ein Ja zur Armee - bleibt nach wie vor eine gerechte innerstaatliche Ordnung, welche auf die Schwachen Rücksicht nimmt und ein gesundes soziales Beziehungsnetz aufweist, so dass wir das Land nicht als blossen Wohnort, sondern als Heimat empfinden können."

Ständerätin Esther Bühler (SP), Schaffhausen: "Die Schilderungen meines Vaters von der Grenzbesetzung haben in mir eine lebhaftere Vorstellung hinterlassen. Den zweiten Weltkrieg habe ich als Bewohnerin einer sehr exponierten Grenzregion hautnah als Bedrohung erlebt. Auch ich will die Armee nicht abschaffen, heute nicht und nicht im heutigen Umfeld. Aber es gibt doch Unterschiede. Ich finde es bedenklich, dass wir die Armee nicht abschaffen können. Ich leide unter dieser Tatsache."

Was heisst "Feindbild"?

"Das Feindbild Sowjetunion", sagt Max Meier in seinem Buch "Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee", "ist durch systematische Aufklärung zu zertrümmern." Alt-Sekundarlehrer Meier ist 72-jähriger ehemaliger Zürcher SP-Kantonsrat. Vorher kämpfte er in der Partei der Arbeit und noch früher in der Kommunistischen Partei.

Als "Friedenspolitker" in der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)" las Meier, so die "Solthurner AZ", "aus seinen neusten Werken". Er wies darauf hin, "zu welchem Dank gerade die Schweiz der Sowjetunion verpflichtet wäre, die den deutschen Faschismus niederrang."

Meiers "Feindbild"! Warum sagt er nichts über den Hitler-Stalin-Pakt von 1939? Davon, dass Polen halbiert wurde? Dass die drei baltischen Republiken unterjocht wurden?

Ein "Feindbild"! Die Schweiz beherrbergte im Zweiten Weltkrieg aus Deutschland über 9000 internierte sowjetische Kriegsgefangene. Am Ende des Krieges fuhren sie nach Oesterreich, um dann nach zehn Jahren in der Zwangsarbeit in Sibirien dahinzuvegetieren.

Ein "Feindbild"? Im Jahre 1953 versuchte die DDR den Aufstand des Volkes. Chruschtschow überrollte 1956 mit seinen sowjetischen Panzern Ungarn. Breschnews Warschauerpakt-Armee okkupierte 1968 die Tschechoslowakei. Dann marschierte er mit seiner Armee in Afghanistan ein. Die "Solidarität" in Polen wurde mit dem Kriegsrecht niedergehalten.

Ein "Feindbild"? Der sowjetische Soziologe Igor Bestushew-Lada beziffert die Opfer, die Stalin in den Jahren 1928 bis 1954 auf dem Gewissen hat - nicht im Krieg! - auf 38 bis 50 Millionen.

Die schweizerische Volksinitiative "ohne Armee" wurde am 26. September 1986 eingereicht. In Afghanistan war Krieg! In Polen herrschte Kriegsrecht! Ungarn war stumm, Rumänien arm, die Tschechoslowakei erstarrt. 1989 verlassen zehntausende von Bürgern den real existierenden Sozialismus der DDR und flüchten in die Bundesrepublik.

Ein "Feindbild"? Zum Glück begann vor drei Jahren "Glasnost" und "Perestroika". Die Rote Armee zog sich aus Afghanistan zurück. Polen und Ungarn suchen die Demokratie. Selbst in der DDR bricht die neue Saat auf. Ob sie gedeiht oder unter Panzerraupen zermalmt wird, wer kann es heute voraussagen? "Feindbilder"?

Ulrich Kägi

GSoA-Späne

Ganz nach dem Motto "Jubel, Trubel, Heiterkeit" ist am letzten Samstag das "Stop the Army"-Festival auf dem Berner Bundesplatz über die Bühne gegangen. Dabei haben die GSoAten durchaus Geschäftstüchtigkeit unter Beweis gestellt. Und Sinn für Wortspiele: An einer "AbschaffBar" wurden Getränke zugunsten der Abstimmungskasse der Armeegegner feilgeboten. Noch besser zum Anlass hätte allerdings die Veranstaltung einer Tombola mit einem "VerantwortungsLos"-Verkauf gepasst. Und mit einer Doppelportion "Extremismus" hätten die GSoAten ihr Verpflegungsangebot auf eine ihrem Volksbegehren angemessene Art und Weise abrunden können.

Plötzlich geben sich die GSoAten, die bei ihren Angaben über die jährlichen Militärausgaben unseres Landes jeweils gut und gerne ein paar Milliarden Franken auf den tatsächlichen Betrag draufschlagen, ganz, ganz pingelig: Die beiden in der Sendung "Zeitspiegel" vom 11. Oktober gezeigten Filme der Schweizer Armee seien um "17 resp. 14 Sekunden zu lang" gewesen, und die Armee habe sich somit "eine halbe Minute länger als die zeitlich genau arbeitende GSoA ins Licht setzen" dürfen, jammern die Abschaffungsbefürworter in der "WoZ" vom 20. Oktober. "Macht es", kann man den GSoAten als tröstlichen Ratschlag auf den Weg geben, "macht es wie die Sonnenuhr, zählt die heiteren Sekunden nur".

Aber wenn wir schon beim heiteren Zahlenbeigen sind: Am 18. Oktober flatterte den Abonnenten des "Tages-Anzeigers" der rote GSoA-Prospekt als Beilage zu ihrem Leibblatt in den Briefkasten. Knapp 50'000 Franken kostet gemäss TA-Tarifdokumentation ein derartiger Versand mit der auflagestarken (261'513 Exemplare) Zürcher Tageszeitung. Entweder sind die GSoAten unverschämt gut bei Kasse. Oder aber der "Tages-Anzeiger" hat aus seinen Rotationsmaschinen keine Mördergrube gemacht - und den Armeeabschaffern einen dicken Sympathierabatt gewährt.

In besonders lichten Momenten kommt offenbar sogar den GSoAten die Ungeheuerlichkeit ihres Vorhabens zum Bewusstsein. In solch seltenen und bangen Augenblicken reden sie dann von der

in ihrer Initiative festgelegten zehnjährigen Uebergangsfrist und davon, dass es ja noch eine Weile gehe, bis die Armee tatsächlich abgeschafft werden müsse. Was wirklich wäre, wenn Volk und Stände am 26. November Ja stimmen würden, hat Divisionär Rolf Sigerist, Kommandant der Felddivision 3, in einem Streitgespräch ("Berner Tagwacht" vom 21. Oktober) treffend festgehalten: "Die Initiative ist so formuliert, dass, wenn sie angenommen würde, am Tag nach der Abstimmung die Schweiz ein wehrloser Staat wäre. Es wird keine Uebergangslösung geboten in bezug auf Sicherheit, sondern es gibt einen abrupten Wechsel von 100 zu 0, es wird kein WK mehr stattfinden, die Armee kann nicht mehr eingesetzt werden. Ab dem 27. November würde gelten: 'Die Schweiz hat keine Armee'. Punkt, Schluss.". Wenigstens, könnte man noch beifügen, keine eigene mehr.

In ihrer Abstimmungsbroschüre zählt die Sozialistische Arbeiter-Partei auf, wer so alles hinter der Armeeabschaffungs-Initiative steckt: "Die jung gebliebenen Alt68er, die rebellisch gebliebenen Früh80er und die durch die GSoA bewegten Spät80er". Hand aufs Herz: Würden Sie einem dieser "Altfrühspäten" ihre Stimme geben, wenn der sich für das Amt des Gemeindepräsidenten bewerben würde? Nein? Dann dürfte Ihnen auch die Antwort auf die Armeeabschaffungs-Initiative nicht schwer fallen.

17. Oktober, DRS 2, "Reflexe": Der deutsche Politologe Theodor Ebert referiert über die Theorie des "Sozialen Widerstandes": Ein Land, das sich einer Besetzung durch eine fremde Macht entziehen wolle, müsse nur glaubhaft machen können, dass seine Bevölkerung im Falle einer Okkupation jegliche Zusammenarbeit mit dem Besetzer verweigern würde. Dass dazu auch keine Armee mehr notwendig ist, versteht sich von selber. Absolut untauglich ist die von Professor Ebert propagierte "Verweigerungstaktik" trotzdem nicht: Für den 26. November beispielsweise ist sie durchaus zu empfehlen - verweigert soll dannzumal nämlich die Armeeabschaffungs-Initiative werden.

Das Schweizer Haus darf nicht mutwillig zum Einsturz gebracht werden

Von FDP-Nationalrat Dr. Willy Loretan (Zofingen)

Die Schweizerische Eidgenossenschaft, ein Bund von 23 "souveränen" Kantonen, beruht auf vier elementaren Zielsetzungen und damit auf vier Säulen:

- Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen.
- Handhabung von Ruhe und Ordnung im Inneren.
- Schutz der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen.
- Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt.

Diese Aufzählung beinhaltet eine Rangordnung. Sie besagt, dass der Sicherung des Friedens in Freiheit und Unabhängigkeit eine zentrale Rolle im Rahmen der gesamten Bundesaufgaben zukommt. Ohne eigene Armee ist diese vorrangige Bundesaufgabe nicht erfüllbar.

Aggressionsakte bleiben denkbar

Nur wer in idealistischer oder böswilliger Verblendung unbewusst oder bewusst übersieht, dass heute und auch in Zukunft Aggressionsakte gegen unser Land denkbar sind, kann für die Abschaffung des Hauptinstrumentes unserer Sicherheitspolitik plädieren. Wohl mag zur Zeit ein konventioneller Krieg in Europa sehr unwahrscheinlich sein; nicht auszuschliessen sind indessen Erscheinungsformen des indirekten Krieges wie Terror- und Sabotageaktionen und so weiter. Und wer kann ermessen, welchen Explosivstoff die derzeitige Entwicklung in der Sowjetunion und in deren Satellitengürtel erhalten?

Armee unverzichtbar

Wer die europa- und weltpolitische Situation realistisch beurteilt, muss zum Schluss kommen, dass wir auf die Armee als Machtmittel des Staates für Extremsituationen nicht verzichten können. Jeder einzelne profitiert von diesem Schutz. Wer auch mit dieser Argumentation noch Mühe hat, stelle sich einmal vor, dass nächstes Jahr ein Volksbegehren lanciert würde, welches die ungesäumte und radikale Abschaffung sämtlicher staatlicher Sozialversicherungseinrichtungen inklusive AHV, IV und so weiter fordert, mit der Begründung: Jeder ist sich selbst der Nächste". Auch eine solche Volksinitiative würde eine der wesentlichen Bundesaufgaben, nämlich diejenige der "Beförderung der sozialen Wohlfahrt" der Eidgenossen grundsätzlich in Frage stellen.

Existenzgefährdend

Aehnliche, radikale Begehren kann man sich auch im Bereich der beiden restlichen Bundeszwecke vorstellen. Mit politischen Extremismen zerstört man den Grundgedanken der Eidgenossenschaft, ja die Eidgenossenschaft selber. Solche Begehren gehen in ihrer Tragweite weit über eine blosser Teilrevision der Bundesverfassung hinaus. Die Armeeabschaffungs-Initiative verlangt zum Beispiel die Aenderung, beziehungsweise die Aufhebung von 14 Artikeln der Verfassung, sowie die Schaffung eines neuen. Es geht um eine wesentliche Umgestaltung der Verfassung und damit der Schweizerischen Eidgenossenschaft überhaupt. Wenn eine der vier Säulen gefällt wird, gerät das Haus als Ganzes in existenzgefährdende Schräglage!

Eine Annahme, aber auch bereits nur eine schwache Verwerfung der Initiative würde die internationale Reputation unseres Landes auf einen Tiefpunkt sinken lassen. Wir würden zu Trittbrettfahrern auf dem europäischen Zug, dies in einer europapolitisch - in West und Ost! - sehr bewegten Zeit. Wollen wir das?

Ich bin überzeugt, dass die Mehrheit unseres Volkes die Situation anders beurteilt und ihre Meinung am 26. November kraftvoll mit einem deutlichen Nein zum Ausdruck bringen wird.

Eine Schweiz ohne Armee:

Wehrlos und ohne Sicherheit?

Von CVP-Nationalrat Jakob Bürgi, Schindellegi

Für eine Schweizerin oder einen Schweizer, der die 40er Jahre miterlebt hat, ist eine Schweiz ohne Armee ganz einfach unvorstellbar. Bürger, die sich noch an die Bombardierung unserer Grenzstädte erinnern, sind davon überzeugt, dass es der neutralen Schweiz ohne Armee gleich ergangen wäre wie dem neutralen Oesterreich. Wir wären kampflos in das grosse Deutsche Reich einverleibt worden – statt das eigene Vaterland zu verteidigen, hätten unsere Soldaten für die Befriedigung der Machtansprüche Grossdeutschlands sterben müssen.

Nur gerade 50 Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gibt es in unserem Land Friedensprediger, die verkünden, dass eine Schweiz ohne Armee vor einem Krieg besser geschützt werden könne. Ungaren, Tschechen oder Polen haben aber erfahren, was es bedeutet, wenn statt der eigenen Armee eine fremde Macht das Land beherrscht. Es gibt auch bei uns Kreise, die nur darauf warten, dass die Armee abgeschafft wird. Eine Handvoll bewaffneter Extremisten könnte unser Land dann tyrannisieren, ohne dass wir den Schutz der Armee anrufen könnten. Wollen wir ein solches Risiko eingehen?

Keine wahnwitzigen Experimente!

Jeder Schweizer verlangt heute vom Staat und von seinem Arbeitgeber Sicherheit. Man denke etwa auch daran, für und gegen was man sich bei uns versichern kann. Dabei ist in den Versicherungsbestimmungen zu lesen, dass die Police nur Schäden abdeckt, die nicht aufgrund von kriegerischen Ereignissen eingetreten sind. Ein derartiges Risiko kann nur durch unsere Armee abgedeckt werden. Und auf diese Institution sollen wir nun verzichten?

Unsere Armee gibt uns nicht nur Sicherheit, sie verschafft uns auch Arbeitsmöglichkeiten und Verdienst. Gerade für die Bergregionen ist dieser Aspekt wichtig. Die Armee ist auch bei Naturkatastrophen sofort einsatzbereit, wie dies bei der Bewältigung der Ueberschwemmungskatastrophen von Uri und Graubünden deutlich unter Beweis gestellt worden ist.

Mit der bisherigen Friedenspolitik sind wir Schweizer gut gefahren. Darum: Lassen wir uns auf keine wahnwitzigen Experimente ein, stimmen wir Nein am 26. November dieses Jahres.

Zur Volksabstimmung über die Armeeabschaffungsinitiative:

GLAUBWUERDIGKEIT UND POLITISCHE WAHRHAFTIGKEIT

von SVP-Nationalrat Hanspeter Seiler, Ringgenberg/BE

Wohl noch nie seit Bestehen unseres Bundesstaates musste über eine Vorlage von so grundsätzlicher Bedeutung und von solcher Tragweite abgestimmt werden. Die staatspolitischen Auswirkungen dieses Initiativbegehrens nagen an den Fundamenten des schweizerischen Staatsgedankens. Im Blick auf die Glaubwürdigkeit schweizerischer Aussenpolitik sind sowohl eine unschweizerisch hohe Stimmbeteiligung wie auch ein eindeutiges ablehnendes Ergebnis am 26. November unbedingtes Erfordernis.

Tatsachen statt Behauptungen

In den Diskussionen über die Armeeabschaffungsinitiative fechten die Befürworter mit eindimensionalen, pauschalidealistischen Behauptungen und verfälschten Zahlen. Jedes Auseinandersetzen mit der Frage, ob die Schweiz ohne Armee auch langfristig in ihrer Souveränität bestehen könne, muss realitätsbezogen und punkto Zahlenmaterial wahrheitsgetreu erfolgen, wenn sie dem Anspruch auf seriöse Argumentation genügen will. Die Ausgaben für die Landesverteidigung betragen im Vorjahr auf Bundesebene an die 5 Mia Fr.; auf den ersten Blick und für sich allein betrachtet, mag das als sehr viel erscheinen; eine gute Versicherung – und Landesverteidigungsausgaben kann man füglich damit vergleichen – hat ihren Preis. Vergleicht man die Entwicklung der Bundesausgaben, so ist entgegen den Behauptungen der Abschaffungs-Befürworter klar festzuhalten, dass der Anteil für Ausgaben für Landesverteidigung seit 1970 von fast 25% auf heute rund 18% abgenommen hat. Die Ausgaben für soziale Wohlfahrt, von der in den Diskussionen so oft die Rede ist, haben sich im gleichen Zeitraum mehr als vervierfacht, der Aufwand für Beziehungen mit dem Ausland gar fast versechsfacht. Die Prozentanteile sind denn auch in diesen Aufgabenbereichen des Bundes wesentlich gestiegen.

Staat mit oder ohne Armee – entscheidende Grundsatzfrage

Wer hätte nicht mal punkto Armee und Militär Negatives erlebt: die Mutter des ihrer Ansicht nach übermüdeten und überforderten Rekruten, der Arbeitgeber, dessen

Mitarbeiter ausgerechnet in der Hochsaison zum WK einrücken muss, der Tourist, der durch Flug- oder Schiesslärm gestört wird, um nur einige Beispiele zu nennen. Sie alle könnten ja versucht sein, der Armee am 26. November einen Denkmittel zu erteilen. An diesem Tag hat das Schweizervolk aber nicht zu befinden, wie und was man an der Armee ändern sollte (bereits liegen ja konkrete Vorschläge darüber vor!), sondern ob zum Weiterbestand eines selbständigen und souveränen Staates Schweiz in unserer Zeit eine Armee notwendig ist. Wer die Chance unseres Landes, in den nächsten Jahren die staatliche Eigenständigkeit aufrechtzuerhalten, nicht schmälern will, wer einen der Pfeiler, auf dem die Souveränität unserer Staatsgemeinschaft abgestützt ist, nicht wegbrechen will und wer die Geschichte der Menschheit in ihrer ganzen Realität mitberücksichtigt, für den gibt es am 26. November nur eine Wahl: mit einem Nein zur Initiative ein klares Bekenntnis zum Staat Schweiz ablegen.

Internationale Glaubwürdigkeit bewahren

Aktive Neutralitätspolitik gehört seit Jahrzehnten, ja Jahrhunderten zu den Merkmalen unserer Staatstätigkeit. Dazu zählen etwa humanitäre Hilfeleistungen, intensive Vermittlertätigkeit zur Beilegung von Konflikten und aktive Mitarbeit in internationalen Konferenzen. Diese Anerkennung neutralitätspolitischen Tätigseins beruht angesichts der geographischen Lage unseres Landes nicht zuletzt auch auf der charakteristischen schweizerischen Form der sog. bewaffneten Neutralität. Dass die Schweiz notfalls bereit ist, nicht bloss mit Worten für die staatliche Selbständigkeit einzustehen, macht ihr aussenpolitisches Wirken glaubhaft und wahrhaft. Wahrhaft bleibt eben nur derjenige, der sich für sich und seine Gemeinschaft wirklich wehrt. Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit schliessen also Wehrbereitschaft in sich ein. Was uns eine Armee und eine praktizierte Wehrbereitschaft kosten und bringen, das wissen wir; was uns keine Armee und keine Wehrbereitschaft bringen würden, bleibt eine grosse Unbekannte, die zum Teil auf Illusionen basiert und eine ungewisse, von uns ungewollte Zukunft des Staates Schweiz beschreiben kann. Das liegt weder in unserem noch im Interesse Europas und der Grosszahl der sog. Drittweltstaaten. Auch aus diesen Erwägungen gibt es am 26. November nur ein eindeutiges Nein!

Sich aus der gemeinsamen Sicherheit davonschleichen?

Gedanken zur Armeeabschaffungs-Initiative

Der Geschichtsschreibung wird es wohl kaum je gelingen, genau auseinanderzuhalten, wieweit unsere militärische Bereitschaft Hitler im Zweiten Weltkrieg davon abgehalten hat, auch die Schweiz "heim ins Reich" zu führen, und wieweit politische, wirtschaftliche und strategische Ueberlegungen den Verzicht auf eine "Gleichschaltung" beeinflussten. Tatsache ist, dass es entsprechende Angriffspläne gegeben hat. Tatsache ist auch, dass Länder wie Belgien, Holland, Dänemark und Norwegen, deren Verteidigung ungenügend bis inexistent war, von den deutschen Truppen besetzt wurden, derweil Schweden und der Schweiz mit ihrer um einiges höher einzustufenden Abwehrbereitschaft das gleiche Schicksal erspart blieb.

Die Armeegegner, von denen die meisten damals noch nicht einmal in den Windeln lagen, gefallen sich heute darin, diese Tatsache in einer höchst problematischen Art von "Vergangenheitsbewältigung" zu vernütigen. Hinterher ist man bekanntlich immer gescheiter; ob man das allerdings wirklich ist und nicht nur ein Besserwisser, ist indes eine andere Frage. Es geht nicht darum, die Rolle der Armee im Zweiten Weltkrieg zu glorifizieren. Zum einen war der Stand der Rüstung trotz Wehranleihe, Einsatz von Bundesrat Minger und Umdenken bei den Sozialdemokraten bei weitem nicht optimal; aber schon nur der Umstand, dass wir überhaupt über eine Armee verfügten, bedeutete für das Schweizervolk einen ungemein starken moralischen Rückhalt. Zum andern haben Mobilmachungsveteranen, die anno dazumal nach preussischer Manier gedrillt und behandelt worden waren, wenig Anlass, sich nur noch glorreicher Taten und "schöner" Erlebnisse zu erinnern und das Unangenehme, Negative und Schlimme zu verdrängen.

Dennoch: Wer die Kriegsjahre 1939-1945 selber miterlebt und dazu einige hundert Aktivdiensttage geleistet hat, für den steht ausser Frage, dass die Armee damals Entscheidendes zur Bewahrung unserer Unabhängigkeit beigetragen hat. Auch namhafte Historiker sind sich darüber einig, so der unlängst verstorbene Basler Nationalrat Peter Dürrenmatt, der in seiner "Schweizer Geschichte" zum Schluss gelangte: "Eine militärisch wehrlose Schweiz, dafür gibt es für den Schreibenden überhaupt keinen Zweifel, wäre Kriegsgebiet geworden."

Man mag dem entgegenhalten, heute seien "andere Zeiten", gebe es keinen Hitler mehr, sei ein Krieg in Europa unmöglich oder zumindest unwahrscheinlich, werde konkret über Abrüstung verhandelt, mithin brauche die neutrale Schweiz erst recht keine Armee mehr. Solche Einwände sind zum Teil richtig, die Schlussfolgerung jedoch ist falsch. Ein neuer Krieg in Europa ist nur deshalb unwahrscheinlich, weil ihn keiner gewinnen könnte, und zwar eben gerade wegen der Armeen, die es auf unabsehbare Zeit hinaus weiterhin geben wird. Denn verhandelt wird auch heute nicht über ihre Abschaffung, sondern nur über einen Abbau - im besten Fall, wenn überhaupt, über eine Redimensionierung auf reine Verteidigungsarmeen. Am guten Willen Gorbatschows, zu einer solchen Entspannung auch im militärischen Bereich beizutragen, sei dabei nicht einmal gezweifelt. Bloss: Wer kann schon Gewähr bieten, dass sich die Morgenröte im Osten zur vollen Tageshelle entwickeln werde?

Abgesehen davon, entbindet die Neutralität unser Land auch in Zukunft nicht von der Pflicht, eine Armee zu halten. Denn unsere "immerwährende" Neutralität kann, wenn sie glaubwürdig sein und bleibe

soll, nur eine bewaffnete Neutralität sein. Dürrenmatt betont an anderer Stelle in seiner "Schweizer Geschichte": "Die bewaffnete Neutralität der Schweiz, ihre Entschlossenheit, sie ernst zu nehmen und ihre Konsequenzen zu tragen, entstammt nicht einer romantischen Freude am Soldatenspielen - auch wenn das einem oberflächlichen Beobachter gelegentlich so vorkommen mag -, sie ist eine harte Verpflichtung, ein Versprechen, das wir gegenüber allen Staaten zu halten bereit sind, die unsere Neutralität anerkennen."

Wie man weiss, tut sich im Blick auf die Abstimmung über die Armeeabschaffungs-Initiative ein Teil der schweizerischen Sozialdemokratie wieder einmal schwer mit ihrem Bekenntnis zur militärischen Landesverteidigung. Das ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung nichts Neues. Um so bemerkenswerter daher die Auffassung eines prominenten westdeutschen SP-Politikers, von Egon Bahr: Der unter anderem als "Architekt der Bonner Ostpolitik" bekanntgewordene Leiter des renommierten Instituts für Friedens- und Sicherheitspolitik in Hamburg meint, gerade auch im Interesse der Friedenssicherung müsse die Verteidigungsbereitschaft erhalten bleiben. Europa werde "weiterhin leben unter der Existenz, unter der Garantie, unter dem Schutz, unter der Bedrohung der beiden Supermächte. Alles andere ist nicht realistisch." Im militärisch-strategischen Kalkül der beiden Blöcke (Nato und Warschauer Pakt) spiele die Schweiz zwar keine Rolle. Aber auf die Frage der Armeeabschaffung angesprochen, meinte Bahr in einem dieser Tage in einer bernischen Zeitung erschienenen Interview:

"Die Neutralen und nicht gebundenen Staaten in Europa profitieren uneingeschränkt von der Stabilität der beiden Bündnisse. Sie könnten sich ihre Neutralität ohne die Bündnisse gar nicht leisten. (...) Ich finde, kein neutraler Staat kann sich ausschliessen von den Problemen der gemeinsamen europäischen Sicherheit. (...) Aus der Verantwortung für militärisch relevante Vertrauensbildung und gemeinsame Sicherheit in Europa kann sich kein neutraler Staat davonschleichen."

Genau das aber täten wir, wenn wir unsere Armee abschafften. Und leisteten damit dem Frieden und der Friedenssicherung einen schlechten Dienst.

Rolf Haeberli

Die Initiative "ohne Armee" lässt keine Chancen

Papst Johannes Paul II schickte am 31. Mai 1988 die Botschaft über Fragen der Abrüstung an die Generalversammlung der UNO nach New York.
---Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) schickte keine Botschaft über Fragen der Abrüstung an die Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Der Papst begrüßte mit Genugtuung die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen durch die beiden grossen Mächte am 1. Januar 1985.
---Die GSoA begann die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative erst am 21. März 1985 und reichte sie am 12. September 1986 ein. Sie weiss nichts über die weltweiten Abrüstungsverhandlungen.

Der Papst stellte fest, dass "mehrere Anzeichen des internationalen Lebens auf einen positiven Abschluss der Bemühungen schliessen lassen, die unternommen wurden, um - durch eine tatsächliche Abrüstung - auf dem Weg der Zusammenarbeit und des Friedens weiterzukommen."
---Die GSoA beachtete keine Anzeichen des internationalen Lebens.

Der Papst sagte: "Das ist es, was die beiden Supermächte erklärtermassen tun wollen, ihre strategischen Arsenale um die Hälfte zu verringern.
---Die GSoA hat von den Verhandlungen der Supermächte in Genf nichts gehört.

Der Papst erklärte: " ...dass die eingeleitete Bewegung stärker wird, sich auf alle Länder ausdehnt und schnell den Bedrohungen Rechnung trägt, die noch die taktischen, konventionellen und anderen Ungleichgewichte zu einer Belastung machen."
---Die GSoA beschäftigt sich nicht mit den Ungleichgewichten der anderen Staaten, sondern nur mit der kleinen, neutralen Schweiz.

Der Papst wünscht: "Die Abrüstung ist kein Selbstzweck. Das Ziel ist der Friede, und einer der wesentlichen Faktoren ist die Sicherheit."
---Die GSoA sagt kein Wort zur Sicherheit.

Der Papst schreibt: "Ein globaler Abrüstungsentwurf muss ohne Einschränkungen vereinbart werden in der Absicht, wenigstens von einer gefährlichen Lage offensiver Ueberrüstung zu einer Lage ausgewogener Defensivrüstung überzugehen auf dem niedrigsten Niveau, das mit der gemeinsamen Sicherheit vereinbar ist."

---Die GSoA sollte wissen, dass die Schweiz nie eine "offensive Ueberrüstung" versuchte!

Der Papst hofft: "Die erste Entscheidung, die geboten ist, ist offenkundig die Beendigung des Rüstungswettlaufes."

---Die GSoA ist blind für den Rüstungswettlauf der beiden Supermächte.

Der Vergleich: Dem Papst geht es um den Frieden in der Welt, der GSoA lediglich um die Pflege ihrer sogenannten "Konfliktkultur".

Ulrich Kägi

Stell Dir vor es gäbe Krieg und niemand schützt Dich!

Die Annahme der Initiative zur Abschaffung unserer Armee hätte für unser Land verderbliche Folgen. Seine Ueberlebensfähigkeit wäre schlichtweg in Frage gestellt.

Fünf gute Gründe führen mich zur festen Ueberzeugung, wieso wir unsere Armee nicht abschaffen dürfen:

1. Europa ist nach wie vor derjenige Erdteil, in dem sich die grösste Ansammlung von militärischen Kräften befindet. Trotz allen momentanen Schalmeienklängen und trotz intensivster Abrüstungsrhetorik können wir Konflikte für Europa in Zukunft nicht einfach ausschliessen. Die Phase der Entspannung kann sich schlagartig wenden, wie in der Geschichte schon so häufig. Nach dem deutsch-französischen Krieg dauerte es 35 Jahre bis zum Ersten Weltkrieg, nach dem Ersten Weltkrieg 21 Jahre bis zum Zweiten Weltkrieg. Wir wissen nicht, wann in Europa ein nächstes Mal die Lichter ausgehen und Waffen statt Worte zwischen den Staaten sprechen.

Wer wird dann aber unsere Grenzen, unsere Häuser und Familien schützen, wenn nicht unsere Armee?

2. Die Schweiz bildet an zentraler Stelle zusammen mit Oesterreich einen neutralen Korridor zwischen den Machtblöcken in Ost und West. Ohne eigene Armee würde unser Land zu einem Machtvakuum. Dieser militärisch unbesetzte Raum müsste die umliegenden Mächte zu einer vorsorglichen Besetzung geradezu einladen, damit das Vakuum nicht zum Durch- oder Aufmarschland für Dritte werden kann. Zumindest aber müsste sich die NATO fragen, ob sie in der Schweiz nicht Truppen stationieren oder uns zum Beitritt in ihr Bündnis zwingen sollte.

Wer garantiert uns dann unsere Unabhängigkeit und Neutralität, wenn nicht unsere Armee?

3. Ausbildung, Einsatzkonzept und Logistik legen offen, dass die Schweizer Armee eine reine Verteidigungsarmee ist. Unsere Soldaten sehen sich nicht in der Rolle des Kriegers, sondern in derjenigen des Beschützer und Wächters. Sie greifen nur dann zur Waffe, wenn andere den Frieden unseres Landes bedrohen und wenn sie sich auf diese Notwehrsituation in den Wiederholungs- und Ergänzungskursen vorbereiten. Wenn alle Armeen auf der Welt nur auf Verteidigung ausgerichtet wären, wie unsere, so hätten wir kaum mehr Sicherheitsprobleme; dann wird auch die Zeit gekommen sein, selbst das rein defensive schweizerische Wehrsystem im Lichte verbleibender Sicherheitsprobleme neu zu überdenken.

Wessen Armee dient also in ähnlicher Weise dem Frieden und verdient als Vorbild zu gelten, wenn nicht unsere Schweizer Armee?

4. Unsere Armee muss kriegstüchtig sein. Nur dann erweckt sie Vertrauen im Inland und Respekt im Ausland. Das Ausland besitzt diesen Respekt weitgehend, wie immer wieder Zitate ausländischer Militärexperten beweisen. Zahlreiche Trümpfe, wie etwa unser schwieriges Gelände, unsere zahlreichen Zerstörungsvorbereitungen und unsere hohe militärische Dichte befähigen unsere Armee zur Erfüllung ihrer Aufgabe. Nicht nur deswegen verdient diese Armee unser Vertrauen. Sie verdient es auch, weil sie immer wieder rasch, unkompliziert und grosszügig bei Katastrophenfällen aller Art Hilfe bringt. Und sie verdient es auch, weil sie internationale Friedenskonferenzen, unsere Flughäfen und andere lebenswichtige Anlagen und Einrichtungen vor Terroranschlägen schützt.

Wer hindert also fremde Mächte durch Abhaltewirkung an einem Angriff und sorgt dafür, dass wir nicht tausende von zusätzlichen Polizisten und Beamten bezahlen müssen, wenn nicht unsere Armee?

5. Die Hauptaufgabe unsere Armee ist es, durch glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft einen möglichen Gegner von unserem Lande fernzuhalten. Um diesen Auftrag zu erfüllen, kostet uns die Armee nicht wenig. Die "Versicherungsprämie Armee" hat sich aber in allen grossen europäischen Kriegen seit 1815 gelohnt, blieb doch unser Land regelmässig von Krieg und Zerstörung verschont. Daneben erbringt dieselbe Armee auch einen recht bedeutenden direkten volkswirtschaftlichen Nutzen. Bei ihrer Abschaffung gingen kurzfristig über 20'000 Arbeitsplätze bei Bund und Kantonen verloren. Gleichzeitig würden über 6000 Industrie- Gewerbe- und Handelsunternehmen keine Armeeaufträge mehr erhalten. Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft wären davon betroffen. Auch das Vertrauen des Auslandes in die Schweiz und ihr Ansehen würde schnell absinken. Damit würde der Finanz- und Werkplatz Schweiz rasch an Bedeutung verlieren, da er von diesem Ansehen und Vertrauen lebt.

Wer trägt also ähnlich massiv zu unserem Wohlstand und unserer wirtschaftlichen Stabilität bei, wenn nicht unsere Armee?

Diese wenigen Überlegungen verdeutlichen, dass eine Schweiz ohne Armee nicht mehr unsere heutige Schweiz sein könnte. Es geht im Herbst 1989 nicht darum, der Armee oder dem EMD eins auszuwischen: Es geht um die Schweiz und ihre Zukunft.

GSoA-Späne

Wer wissen will, was die Gesandten der Armeeabschaffer auf ihren "Friedensreisen" in Ostblock-Staaten so alles zum besten geben, kann jetzt auf eine unverdächtige Informationsquelle zurückgreifen: In der Oktoberausgabe der ungarischen Gewerkschaftszeitung "Nepszava" werden die Aussagen einer GSoA-Delegation, die sich kürzlich in Budapest zu einem Gespräch mit Vertretern des ungarischen Friedenrates getroffen hat, fein säuberlich wiedergegeben: Die Schweiz sei nicht neutral und sei es nie gewesen, die Menschen in der Schweiz seien gleichgültig, weshalb denn auch noch kein Zivildienst eingeführt worden sei, liessen die GSoAten ihre ob diesen Behauptungen offenbar nicht wenig erstaunten Gastgeber wissen. Diese freimütigen Aussagen weitab von helvetischen Gefilden machen auf eine aufschlussreiche Art und Weise deutlich, wie die GSoAten ihr eigenes Land und ihre eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürger geringschätzen. Und sie geben Bismarck recht, der einmal gesagt hat, dass eben nicht jeder Gesandte ein Geschickter sei.

Logik à la GSoA, formuliert von deren politischen Sekretärin Gisela Hürlimann (nachzulesen in der LNN vom 18. Oktober): "Die Armee muss abgeschafft werden, denn gegen Umweltverschmutzung, Wohnungsnot, Armut hier und anderswo können die Schweizer Soldaten nichts ausrichten". Wer einen derart ausgeprägten Sinn für Zusammenhänge hat, müsste eigentlich auch zum Schluss kommen, dass SBB und PTT sofort liquidiert werden müssen. Denn weder Lokführer noch Pöstler sind in der Lage, das Problem der Bodenspekulation in den Griff zu bekommen...

Da den GSoAten die Argumente fehlen, suchen sie gerne bei Zitaten Zuflucht. Sie reissen Sätze willkürlich aus dem Zusammenhang und wollen damit den Eindruck erwecken, dieser oder jener Zeitgenosse sei ein heimlicher oder unheimlicher Befürworter ihres Volksbegehrens.

Das Rezept für derartige manipulatorische Machenschaften kann dem roten GSoAAbstimmungsprospekt entnommen werden: Man nehme je eine armeekritische Aeusserung der beiden Literaturgurus Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt, garniere das ganze mit einer literaturfreundlichen Schlussbemerkung Alfred Defagos, und schon kann man glauben machen, der Direktor des Bundesamtes für Kultur teile die Ansichten der beiden Schriftsteller und sei damit auch ein vehementer Befürworter der Armeeabschaffung. Was natürlich nicht stimmt: Alfred Defago ist, wie er auf Anfrage ausdrücklich klarstellt, **kein** Befürworter der Armeeabschaffungs-Initiative. Und die GSoA damit einmal mehr des Wettbewerbes mit unlauteren Methoden überführt...

Mangelns Argumenten tun die GSOaten gegenwärtig einen tiefen Griff in die Mottenkiste der Versprechen: Lang ist die Liste der Geschenke, die sie ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern machen wollen, wenn nur einmal die Armee weg ist und das Geld endlich wie Milch und Honig fliesst: Eine dicke AHV-Pension liegt dann drin, Mietzinszuschüsse wären zu haben, eine Mutterschaftsversicherung und vieles mehr. Nicht schlecht, wird sich mancher denken. Schaut man aber im Initiativtext nach, ist von alledem nichts zu finden: Keine Rentenerhöhungen, keine Mietzinszuschüsse, keine Mutterschaftsversicherung. Lediglich ein vager Hinweis auf eine "umfassende Friedenspolitik". Und die Moral von der Geschicht'? Fremdes Geld verschenke nicht.

Die Gemeinde Bad Ragaz hat die Einführung einer "Privatpolizei" beschlossen, weil man seit Jahren erfolglos gegen den Nachtlärm und die zunehmende Verwilderung ankämpfe, wie in der "Rheintalischen Volkszeitung" vom 19. Oktober zu lesen war. Wie viele "Privatheere" wird es nächstens in der ganzen Schweiz wohl geben, falls am 26. November unsere Milizarmee tatsächlich abgeschafft werden sollte?

Eine Entscheidung von historischer Bedeutung

von CVP-Nationalrätin Eva Segmüller, St. Gallen

Wenn man heute im Zusammenhang mit der Volksinitiative "Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik" von einer "Jahrhundertabstimmung" spricht, so hat das seine durchaus berechtigten Gründe. Nicht wegen der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee", die die notwendigen 100'000 Unterschriften für die Initiative ohne Mithilfe der sozialistischen Arbeiterpartei gar nicht zusammengebracht hätte. Wohl aber des Initiativtextes wegen, der die wohl radikalste Forderung seit Bestehen des Initiativrechtes beinhaltet und der, würde er angenommen, das Weiterbestehen unseres Landes als eigenständige, neutrale und unabhängige Nation ernsthaft in Frage stellen würde.

Eines muss man der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" zugute halten: Sie redet nicht um den heissen Brei herum. Sie will unsere Armee abschaffen. Nicht mehr und nicht weniger. Am 26. November geht es deshalb nicht um die Frage, ob wir zuviel für diese Armee ausgeben, ob wir die Militärpräsenz als zu belastend empfinden, ob wir mit diesem oder jenem nicht einverstanden sind. Es geht einzig und allein um die Frage, ob wir ein bewährtes Instrument unserer traditionellen Sicherheitspolitik an den berühmten Nagel hängen und damit das Risiko der militärischen Wehrlosigkeit in Kauf nehmen wollen. Wer davon überzeugt ist, dass die Aufgabe der eigenen Verteidigungsmöglichkeit uns und unseren Nachkommen nicht zugemutet werden darf, ist dazu aufgerufen und eigentlich auch dazu verpflichtet, am 26. November Nein zu stimmen zur Armeeabschaffung. Als Ausdruck des Willens, die Verantwortung für unsere Freiheit und Unabhängigkeit auch in Zukunft selber tragen zu wollen.

Nato-Stützpunkt Schweiz?

Denn darum geht es schlussendlich: Um unsere Unabhängigkeit, um unsere Selbstbestimmung, um die Anerkennung und die Neutralität unseres Landes. Diese Neutralität ist seit dem Wiener Kongress von 1815 im Völkerrecht festgelegt. Rechte, aber auch Pflichten sind mit diesem Status verbunden. Die Pflicht etwa, eigene Verteidigungsanstrengungen zu unternehmen. Ohne Armee kann diese Pflicht nicht mehr erfüllt werden - ohne Armee riskieren wir deshalb den Verlust unserer Neutralität. Zusammen mit der Neutralität steht auch unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung auf dem Spiel. Ohne Armee verkäme die Schweiz zu einem militärischen Niemandsland, geriete aller Voraussicht nach ihrer strategischen Bedeutung wegen in einen internationalen Interessenkonflikt, und ein heute noch kaum vorstellbarer "Nato-Stützpunkt Schweiz" könnte plötzlich in den Bereich des Möglichen rücken.

Die Armeeabschaffungs-Initiative betrifft deshalb nicht nur

die Schweiz als Nation, sondern jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger dieses Landes. Sie gefährdet die staatliche Souveränität, geht aber auch rücksichtslos über das Schutz- und Sicherheitsbedürfnis eines jeden einzelnen von uns hinweg. Sie setzt die Errungenschaften unserer Gesellschaft aufs Spiel, nimmt aber auch eine allfällige Einschränkung unserer persönlichen Freiheit in Kauf. Wer die Armee abschafft, schadet unserem Land und sich selber. Und nützt dem Frieden am allerwenigsten, obwohl die Initianten das den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern weismachen wollen.

Eine Fata Morgana!

Zwar haben die Initianten den Titel ihres Volksbegehrens mit dem Zusatz "für eine umfassende Friedenspolitik" ergänzt, viel mehr als ein bedeutungsloses und schönfärberisches Anhängsel ist diese Zugabe allerdings nicht. Denn das eine schliesst das andere von vornherein aus: Wer die Schweizer Armee abschafft, kann nicht mehr Frieden schaffen, weil die Schweizer Armee den internationalen Frieden ja gar nicht bedroht und auch nie bedrohen wird. Im Gegenteil: Wer die Armee abschafft, schadet auch dem Frieden, weil eine Schweiz ohne Armee die Stabilität in Europa aus dem Gleichgewicht bringt. Die Schweiz könnte ihre Rolle als Vermittlerin in Konflikten nicht mehr glaubhaft wahrnehmen, sie würde ihren Einfluss auf internationale Friedensprozesse verlieren. Wer deshalb hofft, mit einem Ja zur Armeeabschaffungs-Initiative einem dauernden Frieden in Europa und auf der Welt einen Schritt näher zu kommen, erliegt dem Trugbild einer Fata Morgana. Wer für den Frieden ist, kann nicht gleichzeitig gegen die Schweizer Armee sein.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" dem Frieden einen schlechten Dienst erweist. Sie weckt Hoffnungen, die sie nie erfüllen kann. Vor allem aber spiegeln die Initianten das falsche Bild einer Schweiz vor, die ohne Armee plötzlich lebenswerter wäre. Genau das Gegenteil aber wäre der Fall: Unser Land würde durch die Armeeabschaffung an seinem Lebensnerv getroffen, die Folgen davon würde jede Schweizerin und jeder Schweizer früher oder später zu spüren bekommen. Am frühesten diejenigen 20'000 Mitbürgerinnen und Mitbürger, die dadurch als erste ihre Arbeit verlieren würden.

Am 26. November steht deshalb sehr viel auf dem Spiel. Die Abstimmung über die Volksinitiative "Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik" könnte sich tatsächlich als die politische Auseinandersetzung des Jahrhunderts erweisen. Deshalb, und weil die Initiative jeden einzelnen von uns betrifft, hoffen wir auf eine historisch hohe Stimmbeteiligung. Und auf ein historisch hohes Nein zu diesem Volksbegehren. Damit wir in Zukunft als verlässlicher Partner in Europa noch vermehrt unseren Beitrag zur Friedenssicherung leisten können.

Stimmzettel als Denkmittel?

von Ständerat Ulrich Gadiant (SVP/GR)

In der Diskussion über die Armeeabschaffungs-Initiative hört man gelegentlich die Meinung, die Initiative werde ohnehin haushoch abgelehnt, so dass man durchaus "ja" stimmen und damit der Armee und der Militärpolitik einen Denkmittel verpassen könne. Oft sind es enttäuschende persönliche Erlebnisse und Erfahrungen, die zu solcher Ueberlegung führen. Ein bisschen weniger Armee und damit weniger Rüstungsausgaben schade zudem nichts. Im Gegenteil: Die dadurch frei werdenden Mittel könnten zur Bekämpfung des Hungers in der dritten Welt oder zur Erhöhung der AHV-Renten gut gebraucht werden.

Mancher, der so denkt, weiss zwar, dass wir die Armee brauchen, weil eine Schweiz ohne Armee jeder fremden Willkür und Einflussnahme ausgesetzt wäre. Man ist in diesen Kreisen von der Notwendigkeit der Landesverteidigung durchaus überzeugt, glaubt aber, ein Ja zur Abschaffungsinitiative sei mindestens ein wünschenswerter Dämpfer von Entwicklungen, die man als Militarismus empfindet. Mit einem Ja zur Abschaffungsinitiative könnte man zudem den Weg zur Durchsetzung von Reformen ebnen. Dabei wird jedoch übersehen, dass es nur eine Form von Landesverteidigung geben kann, nämlich eine glaubwürdige!

Ein verhängnisvolles Ja

Als neutraler Staat leistet die Schweiz mit ihren guten Diensten einen Beitrag zum Frieden zwischen den Völkern. Stabile soziale Verhältnisse, die gesunde Wirtschaft und eine gut ausgerüstete Verteidigungsarmee verhelfen uns international zu einer starken, glaubwürdigen Stellung. Es geht bei dieser Abstimmung nicht um die Option "mehr oder weniger Armee". Es geht vielmehr um die zentrale Frage, ob wir unsere Armee abschaffen wollen.

Die militärische Bedrohung ist momentan zwar nicht akut, aber die Lage kann sich überraschend ändern. 150 bewaffnete Konflikte seit dem letzten Weltkrieg sollten Mahnung genug sein. Weder das nukleare noch das konventionelle Wettrüsten haben sich verlangsamt. 5 Mio. Mann stehen allein in Europa unter den Waffen.

Solange es in Europa und in der Welt Offensiv-Armeen gibt, wäre es deshalb verhängnisvoll, unsere Verteidigungsarmee abzuschaffen. Wenn es brennt, ist es zu spät, um eine Feuerwehr aufzubauen. Die Abschaffung der Armee hätte den Uebergang von einer ausgewogenen Sicherheitspolitik zu einer ausgesprochenen Risikopolitik zur Folge.

Diese Zusammenhänge gilt es zu bedenken; und getragen von dieser Verantwortung kann die Antwort auf die Armeeabschaffungs-Initiative nur ein klares Nein sein. Es wäre bedenklich, mit dem Stimmzettel als Denkmittel zu taktieren, denn das Ja zur Initiative bedeutet die Abschaffung der Armee. Und wer solches fordert, verlangt den Verzicht auf Notwehr und die Selbstaufgabe des ganzen Volkes!

Landesverteidigung als Teil des Ganzen

Eine handlungsfähige, gegen Druckversuche widerstandsfähige und gegen Bedrohungen verteidigungsfähige Schweiz bildet auch eine wesentliche Grundlage dafür, dass wir stabile soziale Verhältnisse in unserem Lande sichern und erhalten können. Die Militärausgaben sind zwar hoch, aber im internationalen Vergleich liegt die

Schweiz nur gerade im hinteren Mittelfeld. Dieser Aufwand ermöglicht uns eine glaubwürdige Selbstverteidigung. Eine solche Aufgabe ist weder austauschbar noch teilbar. Wer sie wirksam erfüllen will, kann mit diesem Geld nicht andere Anliegen finanzieren.

Es ist indessen erfreulich, dass wir in der Schweiz dank gutgehender Wirtschaft und Stabilität in der Lage sind, auch die anderen grundlegenden Staatsaufgaben zu erfüllen. Soziale Wohlfahrt, Landesverteidigung, Verkehr und Energie, Unterricht und Forschung, Landwirtschaft und Ernährung sowie die Beziehungen zum Ausland bilden ein staatliches Ganzes. Jeder Bereich hat seinen Platz und seine Berechtigung. Und jede dieser Säulen hat tragende Funktion im Schweizerhaus. Die Gesamtverteidigung sichert uns darin einen Frieden in Freiheit. Dazu brauchen wir aber unsere zur Notwehr bestimmte Armee. Ihre Abschaffung wäre leichtsinnig und nicht zu verantworten. Ein wuchtiges Nein zur Armeeabschaffungsinitiative ist die richtige Antwort.

Ein Irrtum und eine Illusion

Von Dr. h.c. Hermann Böschenstein

Durch die Propaganda der Armeegegner und einen Teil der zeitgenössischen Literatur flimmert die Behauptung, mit dem Bezug des Reduits im vergangenen Weltkrieg habe das Armeekommando den grössten Teil der bewohnten Schweiz kampflos preisgegeben. Zunächst einmal hat der General in keinem einzigen Augenblick daran gedacht, auch nur einen Quadratmeter unseres Landes einem Angreifer kampflos zu überlassen. Der Grenzschutz hätte unter allen, auch den schlimmsten Umständen, bei einem Angriff von allen vier Seiten Widerstand geleistet. Sodann hat der Marsch in die Alpentäler nie bedeutet, einfach dort zu verharren. Vielmehr wäre die Armee imstand gewesen, massive Ausfälle gegen eine allfällige Besatzungstruppe zu unternehmen, und es dem Gegner zu verunmöglichen, die Früchte seiner Eroberung zu ernten. Eine schlagkräftige Armee hätte eine unverhältnismässig schwerere Bedrohung der Besatzungsmacht bedeutet, als einzelne Gruppen von Widerstandskämpfern, wie sie namentlich in Jugoslawien, aber auch in Italien und Frankreich zeitweise operierten.

Das Reduit war von vornherein als äusserst aktive Verteidigungsposition gedacht. Es wurde denn auch ernst genommen und in die deutsche Wehrmatskalkulation einbezogen. Jede andere Interpretation der schweizerischen Abwehrstrategie im Zweiten Weltkrieg ist nicht nur irrtümlich; sie ist geradezu eine Geschichtsfälschung. Sie soll ja auch nur dazu dienen, den Kampfwert unserer Armee und die Aufwendungen für die Aufrechterhaltung von Freiheit und Unabhängigkeit als nutzlos hinzustellen.

Eine zweite propagandistische Behauptung will mit Sicherheit wissen, dass auf lange Zeit hinaus ein bewaffneter Konflikt in Europa ausgeschlossen sei. Eine solche Annahme ist mehr als riskant. Sie ist in Tat und Wahrheit eine trügerische Illusion. Die ganze freie Welt freut sich zur Zeit über die "Perestroika", die sich einigermaßen sicher in Ungarn, mit hoher Wahrscheinlichkeit in Polen, mit geringer in der DDR und auf keinen Fall in der Tschechoslowakei vollzieht. Und wie steht es mit der Sowietunion, deren Entwicklung nach wie vor von entscheidender Bedeutung ist? Nicht nur wird immer deutlicher, dass der Bannerträger einer Umgestaltung, Gorbatschew, mit enormen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Ja, gerade der Weiterbestand der Vielvölker-Union, die im Westen und Südosten handgreifliche Zerfallserscheinungen zeigt, ist gefährdet. Wie sich diese Lage weiterentwickelt, kann niemand voraussagen. Noch weniger, wie gegebenenfalls die Sicherheitskräfte auf ein akutes Auseinanderbrechen des komplizierten Staatsgebildes reagieren würden.

Vollends unsicher ist die Lage in der DDR, in der die Ablösung Honeckers durch den systemtreuen Gefolgsmann Krenz alle Anzeichen eines labilen Provisoriums trägt. Warum, mögen sich unsere Armeegegner fragen, sollten denn diese inneren Spannungen zu einem grenzüberschreitenden Konflikt führen? Leider gibt es mannigfache historische Erfahrungen mit inneren Spannungen, die sich über Nacht in einer äusseren Aggression zu entladen suchten.

Eine wirksame Verteidigungsarmee kann aber nicht von heute auf morgen auf die Beine gestellt werden. Keine noch so kühne Improvisation ersetzt eine Organisation, die jahrzehntelang umsichtig aufgebaut wurde. Der Gedanke, dass unser Land angesichts eines bewaffneten Aufruhrs im Herzen Europas völlig schutzlos dastehen würde, ist mehr als unheimlich. Darüber vermögen weder friedensfördernde Konventionen und Kongresse noch fein ausgefeilte internationale Vereinbarungen hinwegzutäuschen.

Halbheiten sind nicht mehr gefragt!

Mit grossen Schritten bewegen wir uns einer Jahrhundert-Abstimmung zu: Am 26. November muss über die Armeeabschaffungs-Initiative abgestimmt werden. In beiden Lagern sind die Messer gewetzt. Nach aussen, so scheint es, haben die Initianten bis jetzt Oberwasser. Aber das war im Vorfeld von Volksabstimmungen schon des öfteren der Fall. Jedenfalls sollten die Armeebefürworter jetzt alles unternehmen, um das unmögliche Begehren möglichst hoch zu verwerfen. Alle Zurückhaltung ist nun fehl am Platz!

Die Meinungsumfragen ergeben ein deutliches Bild. Auch wenn sie sich häufig beträchtlich irren, deuten sie doch auf eine klare Verwerfung im Verhältnis von 3:1 hin. Ein Ja-Anteil von einem Viertel - das wäre noch trag- und verkraftbar. Das würde allerdings bedeuten, dass bei einer Stimmbeteiligung von 50 Prozent immerhin etwa 500'000 Ja und etwa 1,6 Millionen Nein stimmen würden. Man kann sich leicht vorstellen, wie die Armeegegner auftrumpfen würden: Nicht mehr die Relation 75:25 würde im Vordergrund stehen, sondern die halbe Million.

Erschreckende Tonlage

Die bisherigen Abstimmungs-Parolen fallen mehr oder weniger so aus, wie man es erwartet hat: Das rotgrüne Lager tendiert eher zu einem Ja, die bürgerlichen Kräfte eindeutig zu einem Nein. Die grösste Ueberraschung lieferte die SP an ihrem Parteitag vom 3. Juni, an dem sie ein klares Ja beschloss. Offiziell entschied sie sich freilich für Stimmfreigabe. Was noch mehr erschreckte als das Ergebnis, war die Tonlage im Berner Kursaal. Zwar wurden Helmut Hubacher und weitere Exponenten der Partei nicht müde, die politische Kultur, die Toleranz und das fortschrittliche Demokratieverständnis ihrer Partei hochzujubeln. Wenn man indessen erlebt hat, wie Bundesrat Otto Stich, immerhin ein Magistrat von Format, oder der St. Galler Grossrat Emil Walser ausgebuht wurden, weil sie für die Landesverteidigung eintraten, dann muss man sich doch fragen, welche politische Kultur und welches Demokratieverständnis in der SP vorherrschen. Angesichts dieser "Kultur" wäre man geneigt, mit gleichen Waffen zurückzuschlagen. Aber das liegt nur wenigen Damen und Herren aus dem bürgerlichen Lager.

Weitere Ja-Parolen stammen, wie nicht anders zu erwarten, von links- und linksradikalen Organisationen, so von der PdA, der Poch, der Freien Liste Bern oder dem grünen Bündnis. Im Gefolge dieser Stimmung haben die Grüne Partei oder der Schweizerische Gewerkschaftsbund ebenfalls Stimmfreigabe und die Gewerkschaft Bau und Holz gar die Ja-Parole beschlossen.

Gravierender sind die mutmasslich im Zusammenhang mit der Abstimmung stehenden Anschläge auf Schiessstände im Kanton Zürich, auf das Denkmal von Les Rangiers oder auf die Mobilmachungs-Gedenktafel in Montfauçon.

Bürgerliche Zurückhaltung

Ganz klar Ablehnung empfehlen die bürgerlichen Parteien. Wie zurückhaltend aber selbst in ihren Reihen gefochten wird, zeigt sich etwa in der Haltung der Studentenverbindung Zofingia, die 1819 gegründet wurde und seinerzeit massgeblich an der Schaffung des modernen Bundesstaates beteiligt war. Sie rekrutiert sich milieumässig vor allem aus Söhnen des Mittelstandes und der Oberschicht, oft aus Offiziers-Familien. Anlässlich ihrer Festversammlung am 170 Centralfest in Zofingen lehnte sie eine Stellungnahme gegen die Initiative im Verhältnis 2:1 ab. Und dies ausgerechnet eine Corporation, die an erster Stelle in ihrer Devise den Begriff Patria aufweist!

Angesichts dieser Konstellation, die - wenn man so will - sich auf einen "klassischen" Links-Rechts-Antagonismus reduziert, wird man an die UNO-Abstimmung vom 22. April 1986 erinnert. Damals betrug die Stimmbeteiligung 50,7 Prozent. 24,3 Prozent stimmten einem Beitritt zu. Wird es am 26. November ähnlich aussehen? Hoffen wir auf ein besseres Ergebnis. Das wird uns aber nur gelingen, wenn alle Schweizerinnen und Schweizer an die Urne mobilisiert werden können. Halbheiten sind nicht mehr angebracht!

Dr. Paul Ehinger

Sind Schweizer Armeeabschaffer gescheiter

Es gibt in Europa ein neutrales Land, das seit mehr als anderthalb Jahrhunderten keinen Krieg mehr kennt. Dieses Land erhebt absolut keinen Anspruch auf nachbarliche Hoheitsgebiete, und kein Nachbarstaat macht dem Land Teile seines Territoriums streitig. Trotzdem hat dieses neutrale und eigentlich unbedrohte Land eine Sicherheitspolitik entwickelt, die wie folgt umschrieben wird: "Das Land verlässt sich nur auf die eigenen Mittel, um seine Sicherheit und territoriale Integrität zu bewahren und um einer allfälligen fremden Invasion entgegenzutreten."

Dieses Land ist Schweden. Ein neutraler Staat, der in verschiedener Hinsicht gerne mit der Schweiz verglichen und manchmal auch verwechselt wird - in einer Hinsicht aber absolut keine Ähnlichkeit mit der immerwährend neutralen Schweizerischen Eidgenossenschaft aufweist: Es gibt in Schweden keine politische Gruppierung, welche die Abschaffung der Armee vorschlägt. Keine politische Partei, nicht einmal eine extrem linke, kann sich ein neutrales Schweden ohne eigene Verteidigungsmittel vorstellen. Und dies, obwohl auch Schweden seit 1814 keinen Krieg mehr erleben musste. Doch die Schweden ziehen aus dieser Unversehrtheit ganz andere Schlüsse als die Anhänger der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" (GSoA), denen keine Kriege bereits ausreichende Legitimation für den Ruf "keine Armee" sind.

Genau wie die schweizerische Sicherheitspolitik geht auch die schwedische davon aus, dass ein isolierter Angriff auf Schweden ausserhalb einer Konfrontation zwischen den Militärblöcken Nato und Warschauer Pakt eher unwahrscheinlich wäre. Aber ein in der Nähe ausgebrochener Krieg könnte Schweden in die Feindseligkeiten hinziehen mit allen militärischen und wirtschaftlichen Folgen. Wie verhält man sich also? Aus schwedischer Sicht ist gemäss dem Neutralitätsprinzip die Aussenpolitik bereits die erste Linie der Landesverteidigung. In der vollen Ueberzeugung, dass ein neutraler Staat in

der Lage sein sollte, ohne Hilfe von aussen seine territoriale Integrität zu verteidigen, hat Schweden nie um irgendwelche Sicherheitsgarantien gebeten - wie die Schweiz - und ist auch nie Verbindlichkeiten eingegangen, welche zu einer Gefährdung der Neutralität in Kriegszeiten hätten führen können. Ebenso konsequent hat sich Schweden auch nicht mit internationalen Institutionen verbunden, welche eine einheitliche Aussenpolitik anstreben - wie die Schweiz.

Einen wesentlichen Unterschied jedoch gilt es festzuhalten zwischen den so ähnlichen Ländern Schweiz und Schweden, nämlich den: Schweden gibt für die Landesverteidigung den gleichen Anteil am Bruttosozialprodukt aus wie die meisten Nato-Mitgliedstaaten, aber sehr viel mehr als die anderen Neutralen Europas. Ueber eine allfällige Aenderung der Sicherheitspolitik kann in Schweden von links bis rechts nur unter folgenden Annahmen überhaupt ernsthaft gesprochen werden: Eine Auflösung der Militärbündnisse des Ostens und des Westens würde die Bedeutung der Neutralität reduzieren, womit dann auch ein Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zum Thema werden könnte, und das alles ist Zukunftsmusik, die erst sehr leise aus ganz weiter Ferne zu vernehmen ist. In der Schweiz jedoch wollen uns ein paar Armeeabschaffer der GSoA weismachen, ohne Armee werde das neutrale Land sicherer, der Krieg für alle Zeiten unmöglich und letztlich die Welt friedlicher, weil dann auch andere ihre Waffen verschrotten würden. Solchen Illusionen muss man am 26. November 1989 eine entschiedene Abfuhr erteilen mit dem Stimmzettel, wenn nicht einmal die sonst zum Verwechseln ähnlichen Schweden daran denken, das absurde schweizerische Beispiel nationaler Selbstentwaffnung nachzuahmen!

Die Schweiz will helfen - Aufbau im Westen und Osten

Die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" (GSoA), die selbsternannten "Friedenspolitiker", sagen kein Wort über die Nachbarn Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien. Sie sagen kein Wort über die NATO und den Warschauer Pakt. Sie sagen nichts über die Mittelstreckenraketen, die jetzt verschrottet werden sollen. Nach den Verhandlungen in Genf werden wahrscheinlich nur noch die Hälfte der Langstreckenraketen stationiert sein. Aber die Schweiz hat keine Atombomben und -raketen, wie auch Oesterreich, Schweden, Finland und Jugoslawien nicht.

Alle Schweizer und Europäer erlebten den Schock wegen Tschernobyl. In halb Europa waren Pflanzen und Tiere verseucht. In der Ukraine starben 31 Personen. Wenn aber nur eine kleine nukleare Rakete unglücklich explodiert wäre, oder explodieren würde, dann wären Tausende gestorben, im Westen und im Osten. Und in der Nähe - also auch in der Schweiz - wäre ein riesiges Unglück geschehen.

Der Warschauerpakt besass am 1. Juli 1988 1608 Kurzstreckenraketen, die NATO 136. Frankreich hat die Force de frappe auf dem Plateau d'Albion, von wo sie bis nach Oberitalien schiessen kann. Von Belfort kann mit dem Atom-Pluto 120 Kilometer nach Süddeutschland oder in die Schweiz geschossen werden. Eine neue Rakete, genannt Hades, könnte einige hundert Kilometer weiter über die Schweiz hinauschiessen, bis etwa nach Linz in Oesterreich. Warum schreibt die GSoA nicht einmal einen Brief nach Paris, an François Mitterrand, den sozialistischen französischen Staatspräsidenten?

Die schweizerischen "Friedenspolitiker" liefern keinen Beitrag zur Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Wien. Die NATO und der Warschauerpakt pflegen äusserst wichtige militärische Gespräche über die Kurzstreckenraketen auf der höchsten Ebene. Die neutralen Staaten können noch nicht dabeisein und verhandeln. Es geht wohl noch lange, bis die Supermächte auf die konventionelle Ebene hinuntersteigen. Erst dann könnte die Schweiz und andere neutrale Staaten mitreden.

Warum wollen die schweizerischen "Friedenspolitiker" aus der europäischen Konferenz aussteigen und die Schweizer Armee einfach liquidieren? Gerade die friedliche Schweiz kann in Wien an der KSZE am Aufbau im Westen und Osten mithelfen. Für eine entwaffnete Schweiz ist da allerdings kein Platz.

Ulrich Kägi

Neue Chancen für Stabilität?

von CVP-Nationalrat Dr. Peter Hess, Zug

Bemühungen um Rüstungsbegrenzung, friedenspolitische Initiativen, "Perestroika" und "Glasnost" sowie hoffnungsvolle Ansätze zur Ueberwindung von überkommenen Parteistrukturen prägen das Bild unserer Tage. Bei allem dadurch ausgelösten Optimismus dürfen wir jedoch nicht übersehen, dass die momentane politische Situation vor allem in Osteuropa äusserst labil ist. Zu bedenken ist insbesondere, dass die Wirtschaftslage in Russland und weiteren Ostblockstaaten katastrophale Ausmasse erreicht hat. Gerade in dieser Hinsicht sind zur Zeit erst wenige Lösungsansätze zu erkennen.

Andererseits belegen auch neuste Studien unwidersprochen, dass weltweit und speziell auch bezogen auf Mitteleuropa nach wie vor riesige Waffenarsenale unterhalten werden. Wo in den letzten Monaten Rüstungsabbau oder Rüstungsbeschränkungen angekündigt wurden, geschah dies primär infolge volkswirtschaftlicher Notwendigkeit und weniger aus friedenspolitischen Gründen. Der Rückzug und die Verschrottung von altem, überzähligem Rüstungsmaterial war denn auch mehrheitlich begleitet von der Einführung, wenn auch in kleinerer Zahl, von neuem, technologisch modernstem Material. Dieses Potential ist zu einem grossen Teil konventioneller Art, so dass bei nüchterner Betrachtung ein konventionell geführter Konflikt nicht ausgeschlossen werden kann - noch nicht.

Noch mehr Unsicherheit?

Die Gefahr von Umbrüchen und Eruptionen ist besonders dann vorhanden, wenn die Auflösung einer Ordnung unfreiwillig erfolgt und da und dort ein Machtvakuum entsteht. Die hoffnungsvollen Umwälzungen, die in Osteuropa das Bild dieser Tage prägen, erfolgen weitgehend unfreiwillig, und Machtfaktoren verlieren immer mehr an Autorität. Niemand weiss, in welchem Zeitraum sich welche neue Ordnung etablieren wird, und ob sich die Krise nicht generalisieren wird, bevor eine demokratische Ordnung entstehen kann. Es wäre verantwortungslos, in diesem Stadium zu versuchen, die Zukunft vorwegzunehmen. Eine Konstellation mit einerseits weiterhin bestehenden Rüstungspotentialen und andererseits verabsolutierter Friedenssehnsucht kann in einer solchen Situation leicht zu Missverständnissen verleiten, diese gar provozieren.

Wir haben heute eine der eher seltenen Chancen, auf dem Weg zu internationaler Stabilität einen Schritt voranzukommen und damit echter Konfliktbegrenzung und friedlicher Konfliktbegleitung näher zu kommen. Dürfen wir es in diesem Umfeld verantworten, mit der Abschaffung unserer Armee einen weiteren Unsicherheitsfaktor zu schaffen? Ist es wirklich angezeigt, dass wir als Land mit einer reinen Verteidigungsarmee als Erste abrüsten sollen, wo doch unsere Armee mit ihrem Defensivcharakter Vorbild für kommende Abrüstungsverhandlungen sein könnte? Ist es nicht vielmehr so, dass die bewaffnete Neutralität unsere Glaubwürdigkeit und unsere Verhandlungsstimme stärkt, da sie unsere Entschlossenheit zur Unabhängigkeit als Staat dokumentiert?

Unser neutrales Land ist heute mehr denn je dazu aufgerufen, in Solidarität mit der Völkergemeinschaft friedenspolitisch motivierte Bestrebungen aktiv zu unterstützen. Wir tun das aus Ueberzeugung - unsere Armee ist kein Hindernis dazu. Darum: "NEIN" zur Armeeabschaffung!

Der gigantische Umsturz in Europa

Schweizerinnen und Schweizer beobachten genau, was in Europa geschieht. Der Eiserne Vorhang geht langsam aber sicher in die Brüche.

Helmut Kohl hofft auf die deutsche Wiedervereinigung. François Mitterrand glaubt, dass es in zehn Jahren soweit ist. Was aber geschieht in der DDR wirklich? Wenn Moskau will, bleiben die beiden deutschen Republiken besetzen. Wenn aber Moskau die DDR aus ihrer Pflicht entlässt, dann steht einer Wiedervereinigung nichts mehr im Wege. Mit dem neuen Deutschland wäre die EG, die Europäische Gemeinschaft, gewaltig gross.

Bundeskanzler Kohl reiste nach Polen, dessen einer Teil deutsch ist. Wird sich Polen aus dem Warschauerpakt lösen? Wird Polen neutral? Oder sich mit jemandem neu verbünden? Mit wem? Und Ungarn? Wird es sich aus dem Warschauerpakt lösen? Neutral sein? Mit wem sich verbünden? Was macht Jugoslawien mit seinen unzufriedenen Republiken?

Vorläufig bleibt nur die CSSR stur. Hat die Tschechoslowakei Angst, wenn das wiedervereinigte Deutschland Grenznachbar wäre?

Wenn der Warschauerpakt aufgelöst wäre, dann könnte sich auch die NATO auflösen. Dann bliebe noch der französisch-deutsche Verteidigungsrat.

Der gigantische Umsturz ist noch nicht zu Ende. In Europa sind Amerika und die Sowjetunion daran, die Mittelstreckenraketen abzubauen. Noch besitzen aber die NATO und der Warschauerpakt Kurzstreckenraketen, deren Wirkungskraft hundertmal stärker ist als diejenige der unseligen Bombe von Hiroshima. Wenn auch die KSZE-Konferenz in Wien ein tieferes Niveau der konventionellen Waffen erreicht, könnte die Schweiz und andere neutrale Staaten ihre Verteidigungsanstrengungen überprüfen.

Noch blieben aber die Interkontinentalraketen, was heisst, dass die Supermächte noch immer über Europa entscheiden würden.

Und die Schweiz? Es gibt zwei Möglichkeiten: eine "ohne Armee", das würde bedeuten, dass wohl der französisch-deutsche Verteidigungsrat die "Lücke Schweiz" mit seinen Soldaten schliessen würde. Oder die Möglichkeit "mit Armee": Dann haben wir weiterhin die Selbstbehauptung, die Unabhängigkeit und die Neutralität geschützt. Die Schweizerinnen und Schweizer müssen also den Umsturz in Europa genau analysieren!

Ulrich Kägi

W I R F R A U E N S I N D N I C H T S O B L O E D !

=====

Von FDP-Nationalrätin Susi Eppenberger, Nesslau (SG)

Bei der Diskussion um die Armeeabschaffungsinitiative wird von den Initiantinnen mit Vorliebe von "Wir Frauen" gesprochen. "Wir Frauen sind für den Frieden - folglich sind wir Frauen gegen die Armee!" So geht es natürlich nicht! "Wir Frauen" sind nicht so blöd und gutgläubig, wie uns die Initiantinnen hinstellen.

Die meisten Frauen wissen, dass unsere Schweizer Milizarmee niemanden bedroht, dass sie eine reine Verteidigungsarmee ist und dass sie - wohl verbesserungswürdig und -fähig - immer in der Lage ist, die Existenz der Schweiz in Unabhängigkeit garantieren zu helfen. Unsere Armee als Pfeiler unserer Sicherheitspolitik brauchen wir genau so wie wir eine geschickte Aussenpolitik benötigen und eine aktive Friedenspolitik, wie sie der Bundesrat gerade neu definiert hat.

F E I N E S G E S P U E R

"Wir Frauen" haben ein feines Gespür für das zu Bewahrende und zu Beschützende. Wir möchten uns nicht schutzlos fremden Mächten preisgeben. Mir gefällt der Vergleich, dass unsere Armee das Sicherheitsschloss an der Türe unseres Schweizerhauses sei, das den freien Zutritt für Unbefugte verhindere. Ich bin deshalb für diese Armee als Sicherheitsschloss und lehne utopische Schleier ab.

Wir dürfen dankbar feststellen, dass sich die internationale Lage momentan in Richtung Entspannung zu verändern beginnt. Dabei dürfen wir aber nicht über-

sehen, dass die Verhältnisse auch unberechenbarer werden und dass Gewalt sehr rasch eskalieren kann, wenn sie ausser Kontrolle gerät.

R U E S T E N G E G E N G E W A L T

Neben den Veränderungen im Laufe der Geschichte gibt es auch konstante Faktoren. Unter diesen Konstanten findet sich die Tatsache, dass es allen Friedensanstrengungen zum Trotz nie gelungen ist, Gewalt als Mittel der Macht durch gewaltlose Rechtsnormen zu ersetzen. Solange es Völker, Staaten und Ideologien gibt, welche Gewalt zum ordnenden Prinzip ihres Staatslebens gegen innen und aussen erklären, können jederzeit und überall auf der Welt Konflikte und Kriege ausbrechen und geführt werden.

Es gibt leider kein anderes Mittel gegen Gewalt, als sich dagegen zu rüsten. Wehrlosigkeit kann auch Fahrlässigkeit sein. Das gilt auch für den neutralen Rechtsstaat. Es ist darum sowohl eine sicherheitspolitische wie eine moralische Forderung, solidarisch die Freiheit und damit den freien Bewegungsraum selbständiger, freier Einzelpersönlichkeiten zu garantieren.

N E I N Z U R E N T W A F F N U N G

Dieser realistischen Beurteilung stellen die Initianten der Armeeabschaffung das Wagnis einer Utopie gegenüber, im Glauben, militärische Bedrohungen seien für alle Zukunft ausgeschlossen oder könnten mit dem beispielhaften Verzicht der Schweiz auf eine Armee ausgeschlossen werden. Man müsste die Zukunft voraussehen können, um auf dieses utopische Wagnis eingehen zu können!

Da wir die Zukunft - zum Glück vielleicht - nur kurzfristig und erst noch unvollkommen planen, aber nie voraussehen können, halten wir uns vielleicht doch besser an die Erfahrungen der Vergangenheit und stimmen deshalb am 26. November 1989 **N E I N** zur Entwaffnung der Schweiz!

Es geht um Grundsätzliches

Die Schweizer Armee war und ist Stammtischgespräch. Es wird erzählt, es wird aufgebauscht, es wird kritisiert. Solche Gespräche sind oft nicht zum vollen Nennwert zu nehmen.

Ernst zu nehmen sind berechtigte Kritiken an Führung, Ausbildung, Dienstgestaltung und persönlicher Ausrüstung. Schikanierei, unüberlegte Forderungen, Befehle statt Überzeugen, können zu Missstimmungen führen. Missstimmungen aber sind Nährboden für Ablehnungen. Sie könnten zum Ja zur Armeeabschaffung verlocken. Es ist daher - nicht wegen der kommenden Abstimmung sondern grundsätzlich - alles zu tun, um erkannte Mängel zu beheben oder zu beseitigen. Ich weiss, dass sich das EMD unter Kaspar Villiger darum bemüht.

Ernst zu nehmen ist die Tatsache, dass eine Armee nie zum Liebling der Dienstpflichtigen werden kann. Unterordnung, Einschränkungen aller Art, Verzicht auf Freiheit und Annehmlichkeiten finden normalerweise nicht den Beifall des menschlichen Individuums. Es braucht schon Gemeinsinn, Opferbereitschaft und Pflichtgefühl, um damit problemlos zurechtzukommen. Auch diese Tatsache könnte beim Armeeentscheid eine gewisse Rolle spielen. Denn es vermag verlockend erscheinen, mit einem Ja den eigenen Interessen gegenüber den Interessen der Gemeinschaft den Vorrang zu geben.

Die Verlockung zum Ja aus den oben aufgeführten Gründen ist vorhanden. Aber es wäre kurzsichtig, ihr nachzugeben. Am 26. November geht es nicht, darum, wie die Armee auszusehen hat. Es wird auch nicht über den Dienstbetrieb abgestimmt. Die Frage lautet einzig und allein: "Wollen wir weiterhin eine schweizerische Milizarmee oder wollen wir keine mehr?" Dies ist ein Entscheid von hoher staatspolitischer Bedeutung. Weder Details, noch Denkmittel-Verlockungen, sondern grundsätzliche Überlegungen sollten unseren Entscheid bestimmen.

Paul Fähr, Nationalrat
(FDP/LU)

Abschaffung unserer Armee - niemals!

Von SVP-Nationalrat Reinhard Müller, Wiliberg/AG

Nur noch knapp vierzehn Tage trennen uns von einem für unser Land entscheidendem Urnengang. Es geht dabei nicht um die Frage, ob wir künftig etwas mehr oder weniger Militär haben wollen, ob man dies oder jenes lieber anders hätte, sondern um die Grundsatzfrage "Armee ja oder nein". Dabei wäre jede Denkmittelverfassung die falsche Stossrichtung, welche sich langfristig verheerend auswirken könnte. Für mich ist es noch heute unverständlich, dass eine Initiative, die den Friedensschutz beseitigen will, in unserem Lande wenn auch knapp, so doch zustande kommen konnte. Die Initianten geben vor, eine "gewaltfreie Gesellschaft" anzustreben, die auf der Selbstbestimmung aller Menschen beruht. Als wesentliche Voraussetzung dafür erachten sie die Abschaffung unserer Armee. Bewusst wird dabei eine Gesinnungsveränderung in unserer Gesellschaft angestrebt.

Im Gegensatz zu Tatsachen der Vergangenheit

Die Initiative missachtet die Erfahrungen der Welt- und Schweizergeschichte. Der Utopie eines allgemeinen Weltfriedens kommt man nicht näher, wenn sich unser Volk selbst wehrlos macht, auf seine Armee verzichtet und so zum Spielball fremder Mächte würde. Unsere Armee hat den Nachweis ihrer Nützlichkeit allein in den letzten 75 Jahren zweimal bei europäischen Grosskonflikten erbracht. Ihre Abschaffung wäre mit unseren völkerrechtlichen Pflichten einer dauernden und bewaffneten Neutralität unvereinbar. Das Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten könnte sich rasch und unliebsam verändern. Dank einer glaubwürdigen militärischen Landesverteidigung wurde in unserem Land seit langer Zeit der Frieden und die Unabhängigkeit bewahrt. Ohne eine gut ausgerüstete eigene Armee würde die Sicherheit unseres Staates in unverantwortlicher Weise aufs Spiel gesetzt. Friedenssicherung ist nur mit einer glaubwürdigen eigenen Armee möglich. Verteidigungsbereitschaft ist auch in Zukunft eine unabdingbare Voraussetzung für unsere kleinstaatliche Existenz.

Auch als Christen stehen wir zu unserer Armee

Im Namen Gottes des Allmächtigen ist unser Bund vor bald 700 Jahren geschlossen worden. Als Bürger einer christlichen Nation haben wir die Aufgabe, nicht nur um unseren eigenen Frieden besorgt zu sein, sondern am Frieden in der Welt mitzubauen und mitzutragen. Unsere Armee ist das Machtmittel des Staates zur Kriegsverhinderung und für den Abwehrkampf. Sie ist das Mittel zum Schutze unserer staatlichen Gemeinschaft. Nach Artikel zwei der Bundesverfassung hat der Bund zum Zwecke, die Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, die Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, den Schutz der Freiheiten und Rechte der Eidgenossen und die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt zu gewährleisten. Zusammenfassen kann man das im Wort "Frieden", Frieden mit den benachbarten Völkern, Frieden aber auch innerhalb unserer Grenzen. Unsere Gesamtverteidigungs- und Sicherheitspolitik fussen auf der Wertbeständigkeit und Verteidigungsbereitschaft unserer Gemeinschaft. Die Wahrung des Friedens ist unser erstes Gebot. Unsere Sicherheitspolitik ist also im wahrsten Sinne des Wortes Friedenspolitik. Unsere Armee soll durch ihre Glaubwürdigkeit einen Krieg in erster Linie verhindern. Sie hat aber auch den Neutralitätsschutz sicherzustellen, allenfalls einen uns aufgezwungenen Krieg zu führen, der Bevölkerung Hilfe zu leisten und den Ordnungsdienst zu gewährleisten. Das alles können wir aber nur, wenn wir eine gut ausgerüstete Armee haben, in der jeder Soldat bereit ist, für sein Vaterland auch sein Bestes zu geben.

Unsere Armee darf auf das Vertrauen des Volkes zählen

Unsere Milizarmee dient in erster Linie der Erhaltung des Friedens. Sie ist ein Bindeglied zwischen unseren verschiedenen Landesteilen. Gemeinsam leisten Angehörige unserer Armee aus den verschiedensten Berufs- und Altersgruppen und mit unterschiedlichen politischen Auffassungen ihre Dienste. Gerade die Diamant-Feiern zeigten eindrücklich, wie gerade schwere Zeiten, das Aufeinander-Angewiesen-Sein zu einer Einheit des Ganzen, zum Einstehen für den Kameraden links und rechts, den Mitmenschen ganz allgemein, führten. Solches Tun und Denken erfüllt uns mit Freude und Dankbarkeit. Möge deshalb unsere jüngere Generation sich beim Ausfüllen des Stimmzettels der Tragweite ihres Entscheides bewusst sein und mithelfen, dass auch ihre Nachkommen in Frieden und Freiheit leben dürfen. Mit einem NEIN zur Armeeabschaffungsinitiative.

Schweiz ohne Armee vor fünfzig Jahren

Was wäre geschehen, wenn die Schweiz vor fünfzig Jahren ohne Armee gewesen wäre, als Hitler den zweiten Weltkrieg mit dem Ueberfall auf Polen vom Zaune riss? "Wäre die Schweiz unverteidigt gewesen, hätte Deutschland kampflos einmarschieren und die Vorteile gratis sichern können", so erinnerte zum Abschluss der "Diamant"-Gedenkanklässe EMD-Vorsteher und Bundesrat Kaspar Villiger an die Rolle der Armee im zweiten Weltkrieg. Die Eingliederung der Schweiz in das "dritte Reich" hätte es ermöglicht, das Arbeitskräftepotential voll auszubeuten und sogar schweizerische Soldaten für die deutsche Ostfront zwangsweise zu rekrutieren, sagte Villiger. Wörtlich erklärte der EMD-Chef: "Es ist auch anzunehmen, dass die Schweiz bei Kriegsende zum letzten Kriegsschauplatz, möglicherweise zur letzten Alpenfestung des 'dritten Reiches' geworden wäre."

Jenen Kriegsjahren ging eine Epoche der ausgesprochenen Wehrverdrossenheit voraus. Wie heute, so meinten damals unter dem Eindruck der Schrecken des ersten Weltkrieges auch viele Schweizer, ein nächster Krieg werde mit Sicherheit nicht mehr möglich sein. Sozusagen in letzter Minute wurde dann unter enormen Anstrengungen Versäumtes in der Rüstungsbeschaffung und Soldatenausbildung nachgeholt und insgesamt noch ein Verteidigungsstand erreicht, der "die deutsche Wehrmachtführung zu einem kühlen Respekt nötigte", wie ein Eintrag im Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht über die Schweiz belegt.

Der Baselbieter FDP-Nationalrat Dr. Felix Auer mahnte unlängst zur Vorstellung von einer selbstentwaffneten Schweiz, wie sie die Armeeabschaffungs-Initiative als Idealzustand empfiehlt: "Wer sich zum Lamme macht, den fressen die Wölfe." Die Schweiz sei gewiss im zweiten Weltkrieg nicht nur dank der Armee verschont geblieben, aber: "Ohne unsere Verteidigungsbereitschaft hätte Hittlers Wehrmacht das Industriepotential der Schweiz und die Alpenübergänge durch eine Besetzung sichergestellt." Sollte die gegenseitige Abrüstung verwirklicht werden, dann dürfe auch die Schweiz dereinst als Land mit einer Armee der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit ihre Anstrengungen für militärische Verteidigung vermindern. "Vorläufig besteht jedoch kein Anlass dazu", sagte Nationalrat Auer, "mit der Liquidation der Armee schaffen wir noch längst keine gewaltfreie Gesellschaft."

Was aber empfehlen die Wunderrezepte der "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" (GSoA), welcher die unsäglich einfältige und gleichwohl hochgefährliche Armeeabschaffungs-Initiative zu "verdanken" ist? GSoA-Mitglied Andreas Gross, sozialdemokratischer Gemeinderat der Stadt Zürich, liess sich in der "Neuen Zürcher Zeitung" vom 13. Oktober so vernehmen: "Ein Krieg in Europa ist unwahrscheinlich geworden. (...) Wir

müssen uns vom alten, militärischen, konfrontativen Denken lösen und es durch ein neues, ziviles und kooperatives Denken ersetzen. (...) Die Armee ist aussenpolitisch wertlos geworden, weil sie den uns vor über hundert Jahren selbstverständlichen Schutz nicht mehr zu bieten vermag. Das Risiko, das wir ohne Armee eingehen, ist jedenfalls nicht grösser als das Risiko, das wir mit Armee auf uns nehmen. Die Chancen, die Kriegsgefahr abzubauen, sind aber ohne Armee grösser als mit."

Diese paar wirren Gross-Zitate, die nur so von widersprüchlichen Illusionen strotzen, müssten eigentlich jedem nüchtern überlegenden Stimmbürger hinreichend verdeutlichen, wo die wirklichen Gefahren lauern: Im Denken der GSoA-Initianten und ihrer unkritischen Anhängerschaft. Die verfassungsmässig verankerte "Wahrung der Unabhängigkeit" darf ebensowenig wie die Pflicht zur bewaffneten Verteidigung der "immerwährenden Neutralität" als Experimentierfeld für Friedensphantastereien missbraucht werden. Die Armee jedenfalls hat für den Frieden schon weit mehr geleistet als manche Wirrköpfe, die uns einreden wollen, die Friedenspolitik erfunden zu haben. Ein kompromissloses Nein auf solche Vorstellungen von einer "Schweiz ohne Armee" ist am 26. November fällig.

Paul Amberg

Niemand im Niemandsland
Eine Genenüberstellung im Zeitgeist

Libanon, das Zedernland, war die "Schweiz des Nahen Ostens", ein blühender, friedlicher Kleinstaat. Im Bürgerkrieg seit 1975/76 zerbrach er.

+ 1847 begann im Innern der Schweiz der Sonderbundskrieg. Die Tagsatzung wurde aufgelöst und die Waffengewalt begann. General Guillaume-Henri Dufour aber gelang die rasche Beendigung des Krieges. Im Jahr darauf wurde vom Volk die Bundesverfassung angenommen.

Im Libanon hatten die Christen die Mehrheit, die Muslime waren in der Minderheit. Nun wurden die Muslime die Mehrheit, die Christen die Minderheit. Und jetzt schürte Syrien im Libanon den Bürgerkrieg.

+ In der Schweiz diskutierten die jungen Sozialisten (Jusos) der SPS 1979 eine "besondere Friedenspolitik".

Im Libanon genügten dem Innenminister die unterstellten 8000 Mann der Sicherheitskräfte nicht mehr, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

+ In der Schweiz tagte im März 1981 die Generalversammlung der Jusos in Schaffhausen.

Im Libanon stehen Christliche Milizen, die Südlibanische Armee, die Miliz der Drusen, die Muslime der Sunniten und Schiiten, die pro-syrische Amal, die pro-iranische Hizbollah. Ausserdem hat es ausländische Truppen: seit 1976 rund 25'000 Syrer, seit 1982 mehr als 1500 iranische Revolutionswächter, seit 1985 ungefähr 1000 Israeli in der "Sicherheitszone" und seit 1978 auch 5500 friedenserhaltende UNIFIL-Truppen in der Pufferzone.

+ Im Frühjahr 1982 wurden in der Schweiz Flugblätter über die Abschaffung der Armee verteilt.

Die israelischen Truppen, genannt "Frieden für Galiläa" marschierten im Juni 1982 im Libanon ein und stiessen bis zur Hauptstadt Beirut vor.

+ In der Schweiz wurde am 12. September 1982 in Solothurn die "Gruppe für eine Schweiz ohne Armee" (GSoA) gegründet.

1983 kam das libanesisch-israelische Truppenrückzugsabkommen zustande.

+ In der Schweiz fing man am 23. März 1985 mit der Unterschriftensammlung für die Initiative "Schweiz ohne Armee" an.

Im Libanon begannen schwere Kämpfe zwischen Amal und palästinensischen Guerillas in Süd-Beirut.

+ In der Schweiz wurde die Initiative "für eine Schweiz ohne Armee" am 12. September 1986 mit 111'300 gültigen Unterschriften eingereicht.

Die gegenseitigen Beschiessungen in Beirut werden immer heftiger. Vermittlungsversuche von aussen scheitern regelmässig.

+ Wenn in der Schweiz die Initiative der GSoA angenommen würde, dann müsste die Schweizer Armee abgeschafft werden. Der Niemand könnte dann im Niemandsland den Kampf beginnen. Genau wie im Libanon 1975/76.

Ulrich Kägi

Die Schweiz muss eine Armee haben!

Ende dieser Woche hat das Schweizervolk über die Volksinitiative "für eine Schweiz ohne Armee" zu entscheiden. Noch nie in unserer Bundesgeschichte hatte der Souverän über ein so radikales und perfides Begehren abzustimmen. Zur Frage gestellt wurde von extremen Linkskreisen nämlich jene Institution, die unsere Unabhängigkeit gegen aussen sowie die Ruhe und Ordnung im Innern zu schützen hat.

Schon beim Einreichen der Initiative behaupteten die GsoA-Leute, mit ihrem Begehren würde die "heilige Kuh Armee" geschlachtet und ein angebliches "Nationalmythos vom Sockel" gestürzt. Als ob die Armee je ein Mythos gewesen wäre! Denn wer je schon Militärdienst geleistet hat, hat schon über diesen angeblichen Mythos geschumpfen.

Eine unmögliche Initiative

Nach den Initianten soll die Armee abgeschafft, und jeder Bezug darauf aus der Bundesverfassung gestrichen werden. Um jede Möglichkeit zu verhindern, dass die Schweiz je wieder eine Armee aufstellen könnte oder wollte, verlangen die Initianten ausdrücklich, dass in Artikel 18 BV ausdrücklich festgehalten würde, dass die Verfassung nicht mehr so ausgelegt werden dürfe, dass die Existenz einer Armee vorausgesetzt oder gerechtfertigt sei. Nun stelle man sich vor, beispielsweise das Jahr 1991 wäre ein solches wie seinerzeit das Jahr 1939...

Konsequenterweise müsste deshalb alle weiteren Artikel, die Bezug auf die Armee nehmen, aus der Verfassung gestrichen werden. Das sind nicht weniger als zehn. Nach den Uebergangsbestimmungen müsste die Armeeabschaffung zehn Jahre nach dem Volksentscheid vollzogen sein. Ab sofort dürften keine Rekrutenschulen, Wiederholungskurse, Ausbildungs- oder Ergänzungskurse mehr durchgeführt werden. Das heisst nichts anderes als: Wir wären ab 1990 wehrlos! Das darf nicht sein. Ein überzeugtes Nein am nächsten Wochenende weiss das zu verhindern!

Dr. Paul Ehinger

VI "Schweiz ohne Armee"

Arbeitsplatz ist nicht gleich Arbeitsplatz

Die Abschaffung der Schweizer Armee führte direkt zur Abschaffung von rund 20'000 Arbeitsplätzen. Indirekt wären wohl weitere Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Die Abschaffungsbefürworter stört dies wenig. Sie sind der Ansicht, dass beim heutigen Mangel an Arbeitskräften jedermann problemlos wieder eine Stelle finden würde...

Die gleichen Gewerkschaften, die sich jetzt gegen die Armee wenden, und die gleichen politischen Organisationen, welche die Armeeabschaffung befürworten oder ihr gleichgültig-stimmmenthaltend gegenüberstehen, lassen ein Gezeter los, sobald irgendwo, betrieblich oder betriebsökonomisch gut begründet, ein paar Arbeitsplätze aufgegeben werden müssen.

Damit wir uns richtig verstehen: Ich habe nichts gegen den Einsatz der Gewerkschaften für ihre Arbeitnehmer. Aber der Massstab sollte überall der gleiche sein. Sich einerseits mit aller Vehemenz für die Beibehaltung von ein paar Arbeitsplätzen einzusetzen und bei einer unausweichlichen Aufgabe soziale Massnahmen zu fordern, andererseits aber bedenkenlos 20'000 Arbeitsplätze aufs Spiel zu setzen, ist weder konsequent noch ehrlich.

Paul Fäh, Nationalrat
(FDP/LU)

NEIN zur Armeeabschaffungs-Initiative:

Eine Frage der Verantwortung

Die Volksabstimmung über die Armeeabschaffungs-Initiative ist ein Entscheid von historischer Bedeutung: Am 26. November 1989 werden die Weichen für die Zukunft unseres Landes gestellt. Das "Schweizerische Aktionskomitee gegen die Armeeabschaffungs-Initiative" ruft deshalb alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf, an diesem wichtigen Urnengang teilzunehmen und dem radikalen Volksbegehren eine klare Absage zu erteilen. Wer mit seinem Stimmzettel der Armee einen Denkkzettel verpassen will, verhilft mit seinem Verhalten der Initiative zum Erfolg und schwächt damit unser Staatswesen.

Wird die Schweiz ihre Neutralität und Unabhängigkeit auch weiterhin bewahren können, oder läuft sie Gefahr, zum Spielball ausländischer Interessen zu werden? Wird unsere Armee auch inskünftig für ein Leben in Freiheit und Sicherheit bürgen können, oder sind Erpressungsversuche, Terroranschläge und Geiselnahmen plötzlich an der innenpolitischen Tagesordnung? Wird unser Land seine Aufgabe bei der Lösung von Konflikten und zur Sicherung des weltweiten Friedens auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten wahrnehmen können, oder verliert die Schweiz mit ihrer Landesverteidigung auch ihre Glaubwürdigkeit und ihr internationales Ansehen?

Die jüngsten Ereignisse in den Ostblock-Staaten und vor allem in der DDR haben auf eindrückliche Art und Weise gezeigt, wie schnell und grundlegend sich offenbar stabile politische und gesellschaftliche Systeme ändern können. Die Vorgänge in Osteuropa lassen berechnete Hoffnungen aufkommen, bergen aber auch das Risiko des Scheiterns und der Gegenreaktion in sich. Gerade diese Unsicherheiten und unabsehbaren Folgen des europäischen Umwälzungsprozesses verbieten die Abschaffung der Schweizer Armee. Die Volksinitiative "für eine Schweiz ohne Armee" muss am 26. November klar abgelehnt werden: Im Interesse des weltweiten Friedens, der europäischen Stabilität und unseres Landes. Aber auch aus dem Verantwortungsbewusstsein unseren Mitbürgern und unseren Nachkommen gegenüber muss die Antwort auf dieses verfehlte und gefährliche Volksbegehren ein klares NEIN sein!

Dem "Schweizerischen Aktionskomitee gegen die Armeeabschaffungs-Initiative" gehören 171 eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier an. Es wird präsiert von Nationalrätin Eva Segmüller (CVP/SG), Ständerat Ulrich Gadiant (SVP/GR), Nationalrat Jean-Jacques Cevey (FDP/VD) und Nationalrat Jean-François Leuba (Lib./VD).

12 Gründe für mein NEIN!

von CVP-Ständerätin Josi Meier, Luzern

- weil nicht die Abrüstung den Frieden bringt, sondern weil erst der Friede die Abrüstung ermöglicht;
- weil dieser Friede trotz erster Ansätze zur Entspannung zwischen den Grossmächten noch weit entfernt ist;
- weil die Lage besonders in Europa angesichts der gewaltigen Umwälzungen im Osten alles andere als stabil ist;
- weil die Schweiz neutral ist und nach (europäischem) Völkerrecht ihr Gebiet verteidigen m u s s ;
- weil die Schweizer Armee durch die Verteidigung des neutralen Gebietes einen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität in Europa leistet;
- weil uns die Armee-Abschaffung im Abrüstungsprozess aussenpolitisch ausmanövriert; man nähme uns nicht mehr ernst;
- weil unsere Armee nur für die Verteidigung ausgerüstet ist, weshalb sie als Friedensbeispiel gilt; weil sich daher niemand von ihr bedroht fühlt, aber alle ihre Schlagkraft respektieren;
- weil Notwehr ebenso berechtigt ist wie Feuerwehr;
- weil mir eine unvollkommene, im Volk verankerte Milizarmee lieber ist als eine professionelle Polizeitruppe, die wir nachher notgedrungen schaffen müssten;
- weil sich die Kantone seinerzeit zusammengeschlossen haben, um ihr Gebiet gemeinsam zu verteidigen und daher die Armee aufgeben die heutige Schweiz aufgeben bedeutet;
- weil neuartige Bedrohungen zwar neue Massnahmen verlangen, das aber noch keinen Anlass gibt, die bisherigen zu vernachlässigen (es sind bisher keine konventionellen Waffen abgerüstet worden);
- weil unsere Armee dem ständigen Ausbau einer aktiven Friedenspolitik noch nie im Wege stand.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

am 26. November wird nicht über die Umwelt oder den Zivildienst, nicht über Ihren letzten Aerger im Dienst und nicht über eine bessere oder schlechtere, eine teurere oder billigere Armee abgestimmt: Es wird NUR über die ARMEE-ABSCHAFFUNG abgestimmt. Entscheiden Sie im Wissen darum, dass der Mensch nicht nur gut, hilfreich und edel ist, und dass wir dem Frieden mehr dienen mit als ohne Armee.

Im Zwielficht von Wunsch und Wirklichkeit

von LdU-Ständerätin Monika Weber, Zürich

Der Wunsch und die Sehnsucht nach Frieden bestehen, seit es Menschen auf dieser Welt gibt. Sie sind nicht nur verständlich und legitim, sondern sie sind auch Ausdruck einer ethischen Grundhaltung.

Dieser Wunsch, diese Sehnsucht darf aber nicht in der Abschaffung eines Sicherheitsinstrumentes ihren Ausdruck finden. Denn es sind gerade die Sicherheitsinstrumente und das gegenseitige Wissen darum, die die notwendige Voraussetzung für den Frieden schaffen. So sagte Friedrich von Weizsäcker mit Recht, dass an der Abschaffung der Armeen erst gedacht werden kann, wenn der Frieden auf Erden bereits eingekehrt ist.

"Frieden auf Erden"? - ob wir das wirklich so schnell erreichen? Auf jeden Fall scheint mir die Welt voller Konfliktherde zu sein. Sogar wenn wir alle mit freudigem Stauen die Oeffnung in Osteuropa und Russland verfolgen, kann nicht davon geredet werden, dass dieser Aufbruch im Moment stabilisierend wirkt. Vielmehr, meine ich, dass man von einer recht destabilisierten, recht unruhigen Zeit reden muss, in der wir heute leben.

Unsere Unabhängigkeit nicht leichthin gefährden!

Eine Schweiz ohne Armee würde ebenfalls eine Destabilisierung des heutigen internationalen strategischen Gleichgewichtes bedeuten. Der "leere Flecken" im Herzen Europas würde den berühmten von der Schweiz und Oesterreich gebildeten strategischen Riegel aufheben. Die sich entwickelnde EG würde mit Bestimmtheit nicht einfach zuschauen: Um die Sicherheit der Transversale Schweiz, unserer Flughäfen usw. würden sich plötzlich andere kümmern.

Die Schweiz ist nicht allein auf dieser Welt. Sie ist mit ihrer defensiven Armee ein notwendiger Stabilitätsfaktor.

Und wenn man auf Island zeigt, auf ein Land, das zwar in bezug auf Europa peripher liegt, das zwischen den Grossmächten aber eine strategisch bedeutende geographische Lage hat, und man dann darauf hinweist, dass Island auch keine Armee habe, so muss man eben ergänzen, dass sich seiner die NATO mit einem beachtlichen Stützpunkt angenommen hat. Die Schweiz als NATO-Stützpunkt? Das kann sich, glaube ich, niemand vorstellen. Deshalb sage ich auch NEIN zur Armeeabschaffungs-Initiative.